

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Winter 2022
Nr. 218, 52. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die Rückkehr der Inflation



Für den Oktober 2022 wurde eine Preissteigerungsrate von 10,4 % gemeldet. Damit hat sich die Inflation mit Macht zurückgemeldet. Einen so hohen Wert hat es schon sehr lange nicht mehr gegeben. Die Lohnabhängigen sind dadurch starken Reallohnverlusten ausgesetzt. Denn die bisherigen Abschlüsse der Gewerkschaften können solch hohe Preissteigerungen nicht ausgleichen. Problematisch ist die Situation vor allem für Beschäftigte im Niedriglohnsektor und für andere Personen mit niedrigen Einkommen. Denn von den Preissteigerungen sind ganz besonders Produkte betroffen, die zur Basisversorgung gehören und deshalb unverzichtbar sind, wie z.B. Lebensmittel oder Heizenergie.

Wenn im folgenden von Inflationsraten und Preissteigerungen die Rede ist, bezieht sich das auf die offiziellen Statistiken. Diese werden erstellt unter Verwendung von Warenkörben, die das durchschnittliche Einkaufsverhalten der Gesellschaft abbilden sollen. Über die Zusammensetzung der Warenkörbe und darüber, ob sie wirklich repräsentativ

sind, lässt sich streiten. Außerdem ist die Lebenswirklichkeit von einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich. Eine Familie mit kleinen Kindern kauft andere Waren als ein Singlehaushalt, Kleinverdiener andere als Großverdiener, die Mieten in Ballungsgebieten steigen schneller als in ländlichen Gegenden, usw. Die Statistik weist aber grundsätzlich nur einen Durchschnitt aus, der die besondere Betroffenheit einzelner Gruppen kaschieren kann. Trotzdem wird mit den Statistiken gearbeitet, nicht weil man sich dieser Problema-

tik nicht bewusst wäre, sondern weil keine besseren Daten zur Verfügung stehen.

Mit dem rasanten Anstieg der Inflationsraten geht eine längere Periode mit relativer Preisstabilität zu Ende. Denn in den letzten Jahrzehnten zeigten die Statistiken für Deutschland und auch für viele andere Länder relativ geringe jährlichen Preissteigerungsraten an. Das war ein Charakteristikum dieser Zeit. Mancher Kommentator hat wegen dieser Erfahrung schon von einem

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Die Rückkehr der Inflation	1
Tarifbewegung 2022 der IG Metall	7
Betriebsratswahlen 2022	9
Der Krieg in der Ukraine und die Folgen	13
Geht Lateinamerika wieder nach links?	19
Die jüngsten Entwicklungen im Vereinigten Königreich	23
Einige Hintergründe zur aktuellen Lage in Nordirland	25

In eigener Sache

Auch bei Erscheinen dieser Nummer der Arbeiterstimme ist noch kein Ende des Krieges in der Ukraine in Sicht. Immer deutlicher wird allerdings die Tatsache, dass es keinen Siegfrieden für die eine oder andere Seite geben wird. Verhandlungen sind überfällig, aber bis jetzt gibt es nur vage Signale, die noch nicht ernst zu nehmen sind. Beide Seiten werden auf (jetzt noch) wesentliche Forderungen verzichten müssen. Es wird eine diplomatische Lösung geben müssen – die, wie die meisten, auch ohne Krieg möglich gewesen wären. Was für ein Irrwitz!

Auf unserer Jahreskonferenz haben wir uns intensiv mit dem Krieg auseinandergesetzt. Unter anderem sind wir auch der Frage nachgegangen, wie die Wirtschaft nach dem Krieg aussehen könnte. Daraus sind zwei Artikel entstanden, die wir in dieser und der nächsten Ausgabe abdrucken. Ein weiterer Schwerpunkt war die Situation in Lateinamerika. Hier sehen einige linke Gruppierungen in Deutschland schon wieder eine linke Morgenröte heraufdämmern. In seinem Referat „Rückt Lateinamerika nach links?“ hat ein Genosse untersucht, ob diese Einschätzungen realistisch sind. Am Sonntag befassten wir uns mit den Gewerkschaften. Dazu lag ein Referat zu den Betriebsrats-

wahlen unseres Genossen aus Sachsen vor. Von ihm stammt auch eine Einschätzung des Tarifaabschlusses in der Metall- und Elektroindustrie.

In England ist der Neoliberalismus nach 40 Jahren krachend gescheitert. Die Tories stehen vor einem Scherbenhaufen. Unter den Folgen, wie z.B. dem Kollaps des Gesundheitssystems, des National Health Service, haben die Menschen zusätzlich zu Inflation und Energiekrise schmerzlich zu leiden. Leider konnte unser englischer Freund und Genosse dieses Jahr nicht an der Jahreskonferenz teilnehmen, er hat uns aber einen Bericht zur Lage in England geschickt, dessen Übersetzung wir abdrucken.

“18 Aralık Uluslararası Göçmenler Günü'nde Katar şantiyelerinde yaşamını yitiren 6500 göçmen işçiyi hatırlatıyoruz. kölece çalışma koşulları son bulmalı, sorumlular hesap vermeli!”

#Katardaölenişçileriunutma

Die Partei der Arbeit der Türkei erinnerte anlässlich des Internationalen Tages der Migrantinnen am 18. Dezember an die 6500 migrantischen Arbeiter, die auf den Baustellen in Katar gestorben sind: „Die Bauarbeiten für die Infrastruktur der Fußball-WM dauerten zehn Jahre.

In dieser Zeit starben mindestens 6500 Arbeiter auf den Baustellen.“ FIFA-Präsident Gianni Infantino spricht von drei toten Wanderarbeitern, der britische *Guardian* von 6751 und Amnesty International von 15021 Toten auf den Baustellen der Fußball-WM.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Verschwinden der Inflation oder gar von einem Sieg über sie gesprochen. Fast alle Notenbanken setzen sich ein Inflationsziel von 2 %. (Auf die Frage, warum gerade 2 % bzw. nach Sinn oder Unsinn eines solchen Ziels, kann hier nicht weiter eingegangen werden.) Tatsache war es aber, dass in vielen Ländern und für etliche Jahre dieses 2 %-Ziel nicht erreicht wurde, die Preissteigerungen blieben darunter.

Nicht vergessen sollte man allerdings, dass das keineswegs für alle Länder zutrifft. Im wesentlichen war die niedrige Inflationsrate auf die alten Industrieländer in den kapitalistischen Zentren beschränkt. In den sogenannten Schwellenländern war die Situation zum Teil deutlich anders. Eklatante Gegenbeispiele sind etwa Argentinien oder die Türkei.

In den Medien wird den Aktivitäten der Notenbanken, deren Geldpolitik und ihren Inflationszielen große Bedeutung beigemessen. Vielfach wird die Meinung vertreten, sie hätten vor allem für den Erhalt der Preisstabilität zu sorgen und sie könnten das auch, wenn sie nur entschlossen genug handeln würden. Diese Ansicht wird im folgenden hinterfragt. Deshalb wird etwas genauer auf die Thematik eingegangen.

Besonders die Zeit nach der Finanzkrise von 2008 ist in Hinblick auf die Inflation interessant. In der Krise erfolgte ein genereller Schwenk hin zu einer sehr expansiven Geldpolitik. Viele Notenbanken und insbesondere die drei weltwirtschaftlich wichtigsten, zuständig für Dollar, Euro und Yen, senkten die Leitzinsen, bis sie bei Null oder nahe Null angelangt waren. Aber im Detail gab es durchaus Unterschiede zwischen den Notenbanken. Manche wie etwa die FED in den USA handelten sehr zügig und erreichten Ende 2008 (zum ersten Mal) das 0,0 %-Niveau, andere wie die EZB senkten den Leitzins viel langsamer und kamen erst 2014 bei 0,5 und 2016 bei 0,0 Prozent an. Einige Notenbanken, darunter auch die EZB, erhoben zeitweise für die bei ihr gehaltenen Guthaben einen negativen Zins. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen der Leitzinssenkung anscheinend als zu wenig wirksam eingeschätzt. Denn die Notenbanken griffen zusätzlich noch zu einer weiteren Maßnahme, die vor der Finanz-

krise nie eingesetzt wurde und auch in gewisser Weise tabuisiert war, dem sogenannten „Quantitative Easing“ (quantitative Lockerung). Darunter versteht man den massiven Kauf von Wertpapieren, meistens von Staatsanleihen, durch die Notenbanken. Die Geldmittel für den Kauf der Wertpapiere werden von den Notenbanken durch Geldschöpfung bereitgestellt. Der Vorgang ist also mit einer entsprechend massiven Ausdehnung der im Umlauf befindlichen Geldmenge verbundenen.

Während der akuten Krise ging es den Notenbanken vor allem darum, die Liquidität der Banken und innerhalb des Finanzsektors sicherzustellen. Ein Abbruch von Zahlungsketten, der zu einer akuten Krisenverschärfung geführt hätte, sollte unter allen Umständen verhindert werden. Ein weiteres Ziel war es, die durch die Krise ausgelöste Rezession zu bekämpfen. Die lockere Geldpolitik sollte zur Ankurbelung der Konjunktur beitragen. Denn in der Zeit nach 2008 gab es vielfach die Befürchtung, die Weltwirtschaft könnte in eine große Deflation abgleiten.

Diese sehr lockere Geldpolitik wurde über etliche Jahre beibehalten, auch als die meisten akuten Krisenerscheinungen abgeklungen waren und sich wieder ein (mäßiges) Wachstum des Bruttoinlandsprodukts eingestellt hatte. Die US-amerikanische Notenbank (FED) versuchte ab 2016 einen Ausstieg aus dieser lockeren Geldpolitik und begann den Leitzins langsam anzuheben (und reduzierte gleichzeitig ihr Programm der Wertpapierkäufe). Dieser Versuch wurde 2020

wieder abgebrochen. Der Hauptgrund dafür war der Einbruch der Konjunktur wegen der Corona-Pandemie. Dagegen wurde von anderen Notenbanken, darunter auch der EZB, Wachstum und Konjunktur anscheinend noch nicht als wirklich festgestellt eingeschätzt. Deshalb hielten sie an ihrer lockeren Geldpolitik bis in die jüngste Vergangenheit fest. Am 21. Juli 2022 erhöhte die EZB zum ersten Mal wieder den Leitzins von 0,0 auf 0,5 %. Inzwischen wurden nach zwei weiteren Schritten 2 % erreicht. Für die EZB-Sitzung am 15. Dezember 2022 wird eine weitere Anhebung erwartet.

Die Folge der Geldpolitik der Notenbanken waren niedrige Zinsen bei Krediten. Entsprechendes galt auch für die Einlagen der Sparer, deren Zinsen lagen auch bei Null oder für größere Einlagen gar im negativen Bereich. Die niedrigen Zinsen sollten die Investitionen anregen, was aber im produktiven Sektor der Realwirtschaft nur in begrenztem Ausmaß geschehen ist.

Das heißt aber nicht, dass die niedrigen Zinsen keine Auswirkungen gehabt hätten. Einmal gab es große Geldzuflüsse in den Immobilienbereich, was zu einem regelrechten Immobilienboom mit starken Preissteigerungen führte. Weiterhin kam es zu einem Börsenboom. Nach dem Einbruch in der Finanzkrise erlebten die Aktien eine über Jahre anhaltende Aufwärtsentwicklung. Unterbrochen durch einen heftigen, aber kurzen Einbruch zu Beginn der Corona-Pandemie ging der Börsenboom bis Januar 2022 weiter. Offensichtlich

Die ausgedehnte Geldmenge kam aber bei der „normalen“ Durchschnittsbevölkerung nicht an. Diese hatte keinen Zugriff auf und keine Verfügung über die zusätzlichen Gelder.



floss sehr viel Geldkapital, verstärkt durch geliehenes Geld, an die Börsen, um dort Rendite zu erzielen. Eine solche Rendite ist natürlich im wesentlichen spekulativ und nicht Ausdruck eines echten Wertzuwachses.

Ein wichtiger Effekt der niedrigen Zinsen ist auch die Entlastung bei den Zinszahlungen für die öffentlichen Schulden. Die Staaten konnten zu sehr günstigen Konditionen Mittel aufnehmen. Bei Ländern mit guten Bonitätsnoten, wie etwa auch der Bundesrepublik, konnte das sogar bedeuten, dass sie durch das Aufnehmen von weiteren Schulden nicht nur keine zusätzlichen Zinsen zu bezahlen hatten, sondern auch noch einen (kleinen) Überschuss erzielten. Da die von den Staaten ausgegebenen Anleihen zu verschiedenen Zeiten (mit entsprechend unterschiedlichem Zinsniveau) erfolgen und unterschiedliche Laufzeiten haben, schlägt das Sinken (wie natürlich auch das Steigen) des Zinsniveaus nur mit Verzögerung auf die zu leistenden Zinszahlungen durch. In der langen Zeitspanne mit Niedrigzinsen konnten die Staaten aber die zu leistenden Zinszahlungen kontinuierlich verringern, was eine bedeutende Entlastung für die Staatshaushalte darstellte. Wirklich gelöst wird die Schuldenproblematik durch diesen Effekt selbstverständlich nicht.

Trotz der lockeren Geldpolitik blieb der Anstieg der Lebenshaltungskosten gering. Unter Ökonomen wurde heftig darüber diskutiert, worin diese relative Preisstabilität begründet ist. Denn die vorherrschende Meinung bei bürgerlichen Ökonomen besteht darin, dass Inflation eng an die Geldmenge gekoppelt ist (das ist eine der Hauptthesen der Monetaristen). Die Geldmenge hatte sich aber unzweifelhaft durch die lockere Geldpolitik erhöht. Doch es kommt

entscheidend darauf an, was mit der im Umlauf befindlichen Geldmenge in der Realität passiert. Die ausgedehnte Geldmenge kam aber bei der „normalen“ Durchschnittsbewölkerung nicht an. Diese hatte keinen Zugriff auf und keine Verfügung über die zusätzlichen Gelder. Sie hat ihre Kreditaufnahme nicht im großen Maßstab gesteigert und auch keine besonderen Lohnerhöhungen erhalten. Deshalb stand ihr auch keine größere Kaufkraft zu Verfügung, es gab keine gesteigerte Nachfrage nach den typischen Produkten für das tägliche Leben. Eine gesteigerte Nachfrage wäre aber eine Grundvoraussetzung für Preiserhöhungen im Rahmen einer von der Nachfrage induzierten Inflation gewesen. Die gesteigerte Geldmenge ist offensichtlich hauptsächlich im Finanzbereich verblieben. Nur die wohlhabenden,

Veränderungen, die die jüngsten Preissteigerungen auslösten, lagen auf der Angebotsseite.

Im Jahre 2021, also noch vor dem Ukraine-Krieg, begann sich die Situation zu ändern. Die Preise zeigten wieder eine stärkere Tendenz nach oben, um dann 2022 in einen massiven Inflationsschub überzugehen, mit Preissteigerungsraten von über 10 %. Etwas, was es schon lange nicht mehr gegeben hatte. Wie ist das zu erklären?

Ein wesentlicher Grund ist selbstverständlich der Anstieg der Energiekosten, der sich durch den Ukraine-Krieg, durch die Sanktionen und die deswegen ausbleibenden russischen Energielieferungen erklären lässt. Dabei geht es nicht nur um die direkten Energiekosten, also die Preise, die direkt für Gas, Strom und Benzin an der Tankstelle oder an die Versorger



Ein anderes Beispiel sind die immer komplexer und länger werdenden Lieferketten. Ihre ständige Ausdehnung erhöht die Anfälligkeit für Störungen aller Art, generiert aber kaum mehr zusätzlichen Nutzen.

reichen Schichten, die in der Lage sind, im Finanzsektor größere Geschäfte zu tätigen, haben direkt oder indirekt diese Mittel eingesetzt und damit die genannten Folgen (Immobilien-, Aktienboom) verursacht.

Bei der Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den vergangenen Jahren war nicht die Nachfrage, sondern das Angebot entscheidend. Das ist der Schlüssel zum Verständnis des Inflationsgeschehens in dieser Zeit. Auch die entscheidenden

bezahlt werden. Energie wird überall in der Produktion gebraucht und ist in fast allen Produkten, mal mehr mal weniger, enthalten. Dieser indirekte Beitrag der Energie zu den Preissteigerungen dürfte insgesamt größer sein als der direkte.

Die Energiekosten sind ohne Zweifel ein wichtiger Faktor, aber allein nicht ausreichend als Erklärung. Ein Beleg dafür ist der Beginn der Preissteigerungen schon vor dem Februar 2022. Ein weiterer Beleg ist die Situation in den USA. Hier hat ebenfalls die Inflation drastisch angezogen, aber höhere Energiekosten spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Denn die USA haben nur

wenig russische Energieträger importiert, eigentlich nur etwas Erdöl und Erdölprodukte. Für diese gab es auch nur vorübergehend einen Anstieg der Preise auf dem Weltmarkt. Inzwischen (November 2022) sind die Preise für Erdöl in etwa wieder auf das Niveau wie vor Kriegsbeginn gefallen.

Ein weiterer wichtiger Faktor hängt mit der Globalisierung zusammen. Der Import einer immer größer werdenden Anzahl von End- und Vorprodukten zu günstigen Preisen aus Ländern mit sehr niedrigen Löhnen war eine wesentliche Ursache für die relative Preisstabilität der letzten Jahrzehnte. Es wurden nicht nur Waren importiert, sondern auch stabile Preise. Diese Jahrzehnte waren auch die Zeit mit einem ausgeprägten Globalisierungsschub. China spielte bei der Globalisierung die größte Rolle, dort sitzen die meisten Lieferanten und von dort kommen die meisten Produkte, aber es ist selbstverständlich nicht das einzige Land, das in die globalen Lieferketten einbezogen ist.

Inzwischen scheint aber das Potenzial der Globalisierung weitgehend ausgeschöpft zu sein. Es gibt Anzeichen dafür, dass die mit der Globalisierung verbundenen Vorgehensweisen und Methoden allmählich an eine Grenze stoßen. Eine Rolle dürfte dabei die Tendenz zu höheren Löhnen in China spielen. Ein anderes Beispiel sind die immer komplexer und länger werdenden Lieferketten. Ihre ständige Ausdehnung erhöht die Anfälligkeit für Störungen aller Art, generiert aber kaum mehr zusätzlichen Nutzen. Diese Anfälligkeit ist während der Pandemie mit ihren Unterbrüchen in der Produktion bzw. beim Transport mehrfach demonstriert worden.

Es ist davon auszugehen, dass spätestens mit dem Beginn der Pandemie, eventuell auch schon früher, das energische Vorantreiben der Globalisierung ausgelaufen ist. Dadurch kam auch die stabilisierende Wirkung auf die Preise zu einem Ende. Dieses generelle Nachlassen der die Preise dämpfenden Wirkung überlappte sich zeitlich mit der von der Corona-Pandemie ausgelösten akuten Krise. Lockdowns und andere Maßnahmen führten zu einer massiven Störung der Lieferketten und des wirtschaftlichen Ablaufs. Es kam zu

einer Verknappung vieler Produkte, die die folgenden Preiserhöhungen möglich machte.

Kurz nach dem Höhepunkt der Corona-Krise brachte der Ukraine-Krieg weitere Marktturbulenzen. Neben dem Schwerpunkt bei den Energie- und besonders Gaspreisen sind auch noch andere Produkte betroffen, etwa Getreide und Mehl, Sonnenblumenöl, Aluminium, Kunstdünger und einige andere.

Und dann gibt es noch eine weitere wichtige Ursache für die Preissteigerungen. Nämlich das generell vorhandene Bestreben der Kapitalisten, die Gewinnspanne bei ihren Waren zu erhöhen. Marktturbulenzen sind eine günstige Gelegenheit für Preiserhöhungen, auch für solche, die in keiner Weise mit erhöhten Kosten zu begründen sind. Ein erheblicher Anteil der Preissteigerungen dürfte auf Mitnahmeeffekten beruhen.

Der Vollständigkeit wegen sei noch angemerkt: In den USA ist die Situation vielleicht etwas anders als in Europa. Hier gab es im Rahmen der Bekämpfung der „Corona-Rezession“ mehr staatliche Maßnahmen, die die Massennachfrage stimulierten. In Japan ist die Situation wieder anders. Die Inflationsrate hat hier die Drei vor dem Komma noch nicht überschritten und das bei einer ausgesprochen lockeren Geldpolitik und sehr hoher Staatsverschuldung.

Das ungefähre zeitliche Zusammentreffen von mehreren, nicht direkt zusammenhängenden Ursachen kompliziert die Situation und erschwert die Analyse. Beim aktuellen Inflationsschub haben wir es mit zwei Angebotsschocks (Lieferkettenproblematik, Krieg und Sanktionen) und einem eher langsam wirkenden Effekt (Auslaufen des Globalisierungsschubs) zu tun. In den Medien wird vielfach die Auffassung propagiert, der Hauptgrund für die Preissteigerungen wäre die lockere Geldpolitik und die damit zusammenhängende Geldmengenausdehnung. Deswegen sei ein energisches Dagegenhalten der Notenbanken mit entsprechen-

den Leitzinserhöhungen unbedingt notwendig.

Das wäre richtig, wenn die Ausdehnung der Geldmenge zu einer allgemeinen Hochkonjunktur in der Realwirtschaft geführt hätte, zu einem bedeutenden Anstieg der Nachfrage

und dadurch ausgelösten Preiserhöhungen. Einen Boom gab es aber nur bei Vermögensanlagen wie Aktien und Immobilien. Ein genereller Anstieg der Nachfrage hat dagegen nicht stattgefunden. Durch welche Mittel hätte denn auch eine erhöhte Nachfrage ausgelöst werden sollen? In der Realität war es doch so, dass

während der Zeit mit einigermaßen stabilen Preise viele finanziell noch einigermaßen über die Runden kamen. Deren bisheriger, sowieso nicht üppiger Lebensstandard ist jetzt bei den hohen Preisen gefährdet. Die geplanten staatlichen Entlastungen sind deshalb bitter notwendig.

Oft wird der Eindruck erweckt, die Instrumente der Notenbanken, hauptsächlich die Festlegung des Leitzinses, wären ein probates Mittel, um gegen Preissteigerungen vorzugehen und vielleicht sogar generell die Wirtschaft zu steuern. In Wirklichkeit ist das nicht so. Den Notenbanken stehen nur grobe Instrumente zur Verfügung, die meistens nur über Umwege wirken und mit unerwünschten Nebenwirkungen verbunden sind. Die Notenbanken haben keine Möglichkeit, gezielt etwas gegen Angebotsverknappungen wie reduzierte Gaslieferungen oder gestörte Lieferketten zu unternehmen. Bei der Inflationsbekämpfung laufen ihre Möglichkeiten mehr oder weniger auf die Herbeiführung einer Rezession hinaus. Eine Rezession hat dann irgendwann natürlich auch Auswirkung auf die Preise, aber eben mit sehr vielen Nebenwirkungen.

Inzwischen haben fast alle Notenbanken (eine Ausnahme ist Japan) einen Kurswechsel in der Zinspolitik zum Zwecke der Inflationsbekämpfung vollzogen. Die zu zahlenden Zinsen steigen für alle Kreditnehmer signifikant an. Das hat vielfältige Auswirkungen.

In den Medien wird vielfach die Auffassung propagiert, der Hauptgrund für die Preissteigerungen wäre die lockere Geldpolitik und die damit zusammenhängende Geldmengenausdehnung.

Verteuert werden tendenziell auch alle Investitionen, sei es in den Wohnungsbau, den notwendigen Umbau der Energiewirtschaft, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder Verbesserungen der (oft marode gewordenen) Infrastruktur. Hohe Zinsen werden Investitionen weiter hinauszögern oder gar verhindern. Aber jeder weiß, eigentlich wären in den genannten Bereichen in Zukunft sehr große, um nicht zu sagen gigantische Investitionen erforderlich.

Hohe Zinsen können Firmen in Bedrängnis bringen, insbesondere die, die auch schon bisher Probleme hatten bzw. wegen der Energievertéuerung jetzt Probleme bekommen werden. Hohe Zinsen werden die Überlebensfähigkeit der sogenannten „Zombie-Firmen“, die nur durch die Inanspruchnahme von sehr günstigen Krediten noch nicht insolvent geworden sind, endgültig beenden. Wie viele solcher Firmen es gibt, ist umstritten, manche Ökonomen gehen von über 10 % aller Firmen aus.

Für die Staaten kommt das Ende der günstigen Finanzierung. Es müssen wieder mehr Haushaltsmittel aufgewendet werden, um die fälligen Zinsen zu zahlen. Da fast alle Staaten hoch verschuldet sind, – es gibt nur graduelle Unterschiede –, ist das ein erheblicher Effekt. Wegen der Zinsbindungen wird diese Veränderung zwar erst nach und nach wirksam werden, aber bei einem dauerhaften Zinsanstieg ist sie letztlich unvermeidlich.

Besonders im sogenannten globalen Süden haben viele Länder Auslandsschulden in Dollar. Sie sind deshalb von einem Zinsanstieg im Dollarbereich betroffen. Zusätzlich werden sie auch noch durch den etwa seit Jahresbeginn gestiegenen Kurs des Dollars belastet. Wegen der internationalen Bedeutung des

Dollars macht die US-amerikanische Notenbank nicht nur Geldpolitik für den Binnenmarkt der USA, sondern in gewisser Weise Geldpolitik im Weltmaßstab.

Nicht zuletzt sind auch die Finanzmärkte betroffen. Während die niedrigen Zinsen den dortigen Boom begünstigt haben, sind von hohen Zinsen bremsende Effekte zu erwarten. Im Prinzip könnte man eine Bremswirkung auf die Finanzmärkte als eine positive Nebenwirkung betrachten. Beim heutigen Zustand der Finanzmärkte ist allerdings auch mit echten Gefahren zu rechnen. Wenn Geschäfte, die auf der Basis von niedrigen Zinsen abgeschlossen wurden, jetzt bei einem deutlich

höheren Zinsniveau refinanziert werden müssen, kann das zu ernsthaften Problemen führen. Besonders riskante Geschäfte könnten auch platzen. Das stellt ein erhebliches Krisenpotential dar. Bekanntlich können die in den deregulierten Finanzmärkten getätigten Geschäfte sehr

Hohe Zinsen werden Investitionen weiter hinauszögern oder gar verhindern. Aber jeder weiß, eigentlich wären in den genannten Bereichen in Zukunft sehr große, um nicht zu sagen gigantische Investitionen erforderlich.



große Summen umfassen, sehr komplex sein, viele Beteiligte haben und mit Abhängigkeiten verbunden sein, die kaum zu durchschauen sind. Ein anfangs kleines und punktuelles Problem kann unter Umständen schnell zu einer Lawine anwachsen, die großen Schaden anrichtet. Oft werden die Probleme erst dann erkannt, wenn der Schaden bereits eingetreten ist. Auf jeden Fall bedeuten die Zinserhöhungen ein weiteres

Element der Instabilität für Teile des Finanzsektors.

Bleibt noch die Frage, was in der Zukunft zu erwarten ist. Ist die Inflation vorübergehend oder wird sie sich dauerhaft einnisten? Momentan ist noch nicht abzusehen, wann der Ukraine-Krieg zu einem Ende kommen könnte und wie sich die ökonomischen Verhältnisse danach darstellen. Unsicherheit in einem erheblichen Ausmaß besteht also weiter.

In näherer Zukunft könnten sich die durch den Krieg ausgelösten Marktturbulenzen im Energiesektor beruhigen und die Preise sich wieder stabilisieren. Garantiert ist das aber nicht. Allerdings ist langfristig mit deutlich höheren Energiekosten zu rechnen. Energiepreise auf dem Niveau von 2021 gehören ziemlich sicher der Vergangenheit an.

Die anderen Faktoren, wie das Auslaufen der Globalisierungswelle, dürften auf Dauer wirksam bleiben. Die politischen und ökonomischen Bedingungen sprechen nicht dafür, dass sich ein Globalisierungsschub, wie er mit dem Aufstieg Chinas verbunden war, mit ähnlichen weltwirtschaftlichen Auswirkungen in abseh-

barer Zeit wiederholen könnte.

Für die Zukunft ist deshalb mit höheren Preissteigerungsraten zu rechnen als in den vergangenen Jahren, wenn auch nicht mit so hohen wie im Oktober 2022. Für 2023 und 2024 erscheint ein Rückgang der Inflationsraten auf deutlich unter 10% möglich. Äußerst fraglich ist allerdings, ob die Marke von 2 % erreicht werden kann. Es sei denn, es kommt zu einer tiefen Rezession.

Tarfbewegung 2022 der IG Metall

Kein großer Wurf



Bild: IG-Metall Baden-Württemberg

Stimmung in der Wirtschaft steigt, Reallöhne sinken“, so überschrieb die *Sächsische Zeitung* Ende November einen Artikel zur aktuellen wirtschaftlichen Lage im Lande. Danach sanken die Reallöhne gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent bei einer Inflationsrate von runden 10 Prozent. Die Zeitung vermutete deshalb, dass das zu einer „schlechten Stimmung bei den Arbeitnehmern“ führen könnte. Die Unternehmen dagegen blicken zuversichtlicher auf die kommenden Monate. Und das nicht nur in Sachsen.

Die IG Metall hat im Rahmen der diesjährigen Tarfbewegung eine Betriebsrätebefragung zur wirtschaftlichen Situation der Betriebe durchgeführt. Befragt wurden Betriebsräte in rund 3400 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie. Dabei stellte sich heraus, dass die „Auftragsbücher randvoll“ sind und die Umsätze überwiegend gut. Auch werden gute, bis sehr gute Gewinne eingefahren. Nur eine Minderheit der Betriebe hat Probleme wegen Lieferengpässen und Preissteigerungen. Doch sind das weniger als zwei Prozent. Insgesamt will die Branche wegen der guten Wirtschaftslage sogar Arbeitsplätze aufbauen.

Hohe Erwartungen

Die Lage der abhängig Beschäftigten dagegen ist das genaue Gegenteil. Bei ihnen reißen die Inflationsent-

wicklung, Lebensmittel- und Energiepreise tiefe Löcher in die Haushaltskasse. Viele wissen nicht mehr wie sie ihre Mieten und Heizkosten bezahlen sollen. Sie spüren fast täglich, dass ihre Löhne und Gehälter an Wert verlieren. Schuld daran haben – und zwar bei allen Gewerkschaften – die vergangenen Tarifabschlüsse während der Corona-Krise. So erfolgte z.B. bei der IG Metall der letzte tabellewirksame Tarifabschluss im Jahre 2018. In den Jahren dazwischen gab es verschiedene Sonderzahlungen und Kompromisse, bedingt durch die Corona-Krise. Die Entgelttabellen jedoch blieben auf dem Stand von 2018. Das sollte in diesem Jahr anders werden. Die Erwartungen der Beschäftigten waren deshalb entsprechend hoch, wie schon lange nicht mehr. Trotzdem wurde in allen Tarifbezirken der Gewerkschaft eine Forderung von nur 8 Prozent, bei einer Laufzeit von 12 Monaten aufgestellt. Angesichts der Inflationsentwicklung von 10 Prozent war das eigentlich schon zu wenig. Doch wurde sie in den bezirklichen Tarifkommissionen mit großen Mehrheiten aufgestellt und auch angenommen.

Unternehmergeschrei

Die Reaktion der Unternehmer auf die IGM-Forderung war so wie immer. Ein Riesengeschrei und Panikmache. Es drohten, so die Unternehmer, Firmenpleiten, Massen-

entlassungen und andere schlimme Dinge. Selbst das Märchen von der „Lohn-Preis-Spirale“ wurde aus der Mottenkiste geholt. Auf eine prozentuale Entgelterhöhung würden sie nur eingehen, wenn die IG Metall dagegen zu einer langen Laufzeit bereit wäre. Bei Gewinneinbrüchen müsste es mehr „Flexibilisierung“ und „Differenzierung“ von Tarifzahlungen geben. Das heißt im Klartext, dass sie einseitig etwa das Weihnachtsgeld oder andere Sonderzahlungen kürzen wollten. Der Vorsitzende von Gesamtmetall, Stefan Wolf, fiel durch besondere Unverschämtheiten auf. So forderte er längere Arbeitszeiten und eine Nullrunde bei Löhnen und Gehältern. Angesichts der teuren Energiepreise meinte er, die Beschäftigten könnten sich ja „dicke Pullover anziehen“.

Tarfeinigung

Mitte September begannen in den Bezirken die Tarifverhandlung. Zu Beginn kamen die Verhandlungen kaum voran. Die Unternehmer taktierten, stellten Gegenforderungen und legten kein ernstzunehmendes Angebot vor. Am 29. Oktober endete die Friedenspflicht und in massiven Aktionen und Warnstreiks zeigten die Belegschaften, dass sie zu einem größeren Konflikt bereit waren. Mehr als 900.000 Kolleginnen und Kollegen waren an den bundesweiten Aktionen beteiligt. Am 18. November

schließlich kam es zu einer ersten Einigung in Baden-Württemberg.

Schwacher Abschluss

„Unterm Strich stehen Entgelterhöhungen von 8,5 Prozent bei 24 Monaten Laufzeit. Das sind für einen Facharbeiter rund 7.000 Euro mehr“, meinte in der Tagesschau zufriedener der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann. Schaut man sich das Verhandlungsergebnis genauer an, sind schnell die Grenzen der Zufriedenheit sichtbar. Eine erste tabellenwirksame Entgelterhöhung gibt es erst im kommenden Jahr, in Höhe von 5,2 Prozent. Die Erhöhung erfolgt nach 8 Nullmonaten im Juni 2023. Fast ein Jahr später, im November 2024 erfolgt der zweite Schritt in Höhe von 3,3 Prozent. Für die gesamte Laufzeit der Vereinbarung gerechnet, beträgt die Erhöhung der Entgelttabellen knappe 4,2 Prozent.

Hinzu kommt eine steuer- und abgabenfreie Inflationsprämie in Höhe von 3000 Euro, die ebenfalls zweigeteilt ist. Eine erste Zahlung in Höhe von 1.500 Euro ist zahlbar bis Ende Februar 2023. Die zweite Zahlung muss dann bis Anfang 2024 erfolgen.

Der IG-Metall-Bezirksleiter von Baden-Württemberg Roman Zitzelsberger, meinte in einer ersten Stellungnahme nach den Verhandlungen: „Wir haben hart gerungen und verhandelt, am Ende aber liegt ein akzeptabler Kompromiss auf dem Tisch. Die Kolleginnen und Kollegen bekommen nun endlich die dauerhafte prozentuale Entgelterhöhung, die ihnen zusteht“.

Tarifkompromisse drücken in der Regel die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien aus. Bei dem vorliegenden Ergebnis muss man sich allerdings schon fragen, ob das auch für den vorliegenden Abschluss gilt. Noch in der aktuellen Mitgliederzeitung, die Anfang November erschien, kann man lesen: „Deutlich höhere Monatsentgelte müssen her. Befristete Prämien oder gar Einmalzahlungen reichen nicht...“. Der jetzt vereinbarte Vertrag straft die oben stehende IGM-Agitation Lügen. Höhere Monatsentgelte gibt es erst Ende Juni. Und das bei ei-

ner Inflation um die 10 Prozent. Die Preise steigen also weiter und sinken nicht. Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums wird die Inflation im kommenden Jahr immer noch bei 7 Prozent liegen. Da werden die Erhöhungen und Sonderzahlungen bald aufgefressen sein und die Reallöhne sinken weiter.

Die Frage die man stellen muss, ist: Warum lässt sich die Gewerkschaft auf solch einen „Kompromiss“ ein, wenn 900.000 KollegInnen gezeigt haben, dass sie kampfbereit sind? In einem Erzwingungsstreik

SOLIDARITÄT!
GEWINNT!
TARIFBEWEGUNG 2022

wäre bestimmt ein besseres Ergebnis zustande gekommen. Sicher hat die bevorstehende Transformation der Automobil- Industrie und die Gespräche in der „Konzertierten Aktion“ dabei eine Rolle gespielt. Hier war wieder einmal Sozialpartnerschaft an Stelle des Klassenkampfes angesagt. Wenn man in den Gewerkschaftsvorständen glaubt, eine solch butterweiche Haltung würde im Unternehmerlager auf Dank stoßen, so irrt man sich da. Diese Herrschaften werden auch in Zukunft versuchen ihre Interessen rücksichtslos durchzusetzen.

Gleichzeitig hat man bei der IG Metall eine Chance vergeben. Ein Streik hätte nicht nur ein besseres Ergebnis gebracht, sondern wäre auch ein positiver Beitrag zur Organisationsentwicklung gewesen. Ein nicht unwichtiger Nebeneffekt wäre außerdem gewesen, dass er der Rechtsentwicklung im Lande entgegen gewirkt hätte.

In den Betrieben gibt es momentan hinsichtlich des Abschlusses überwiegend Akzeptanz. Offensichtlich sind sich große Teile der abhängig Beschäftigten der Tragweite dieser Vereinbarung nicht bewusst. Das kann sich aber in den nächsten Monaten rasch ändern. Es wird abhängig sein von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der Inflation. Wir dürfen gespannt sein.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 217 Herbst 2022, 28 S.

- Ist Russland imperialistisch?
- „Der Westen“ und China – Teil 2
- Rüstung und Soziale Frage
- Unsere europäischen Werte:
1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine
- Kolonialismus 2.0
- Zum Scheitern des Verfassungsprozesses in Chile

Nr. 216 Sommer 2022, 32 S.

- Russland und seine Stellung in der Welt
- Deutsche Medien und deutsche Parteien in Kriegszeiten
- Ökonomische Folgen des Krieges
- Der Zustand der Partei Die Linke
- Der Georg, sein Jesus und die Kartonagen
- Rezensionen:
Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg
Sozialismus ohne Basis

Nr. 215 Frühjahr 2022, 36 S.

- Der Krieg gegen die Ukraine
- Zeitenwende ohne Widerstand?
- Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges
- Die Seuche und die Reichen
- Klassenanalyse: eine Aktualisierung – Teil II
- Neue Klassen in der spätmodernen Gesellschaft?
- Klassismus, ein neuer Begriff im linken Milieu
- Chile nach den Wahlen – Ein linker Erfolg?

Nr. 214 Winter 2021/2022, 32 S.

- Bundestagswahl und Außen- und Sicherheitspolitik
- Klassenanalyse: eine Aktualisierung
- Die Linke – ein Absturz mit Ansage
- Stärkste Kraft im Osten: AfD
- Brief aus Großbritannien
- Kuba im Juli 2021 – Frust oder Konterrevolution?
- Rezension: Die Rente
- „GDL und Bahnstreik“

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Betriebsratswahlen 2022



Alle vier Jahre, so schreibt es das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) vor, werden in Deutschland, vom 1. März bis zum 31. Mai, in tausenden Betrieben Betriebsräte gewählt.

Leider ist dabei festzustellen, dass die Zahl der Betriebe ohne Betriebsräte größer wird. Bundesweit gibt es nur in rund 10 Prozent der Unternehmen Betriebsratsgremien.

Für die Beschäftigten heißt das, dass in Westdeutschland 41 Prozent und im Osten rund 36 Prozent der Werkträgern, in einem Betrieb mit einem Betriebsrat arbeiten. Hier handelt es sich um einen Trend, der schon seit vielen Jahren sichtbar ist.

Ob es in einem Unternehmen einen Betriebsrat gibt oder nicht, hängt auch stark von der Branche ab. Am höchsten ist der Anteil der Betriebsräte in den Branchen Bergbau, Energie, Wasser und Abfall. Hier liegt der Anteil bei 80 Prozent. Die wenigsten Betriebsräte gibt es im Gaststätten- und Hotelgewerbe. Hier liegt der Anteil bei ungefähr 12 Prozent.

Wichtig aber ist, und das verzerren diese Zahlen etwas, dass in allen großen Konzernbetrieben Betriebsräte bestehen. Durch deren Arbeit werden Normen gesetzt, welche auch die Arbeitsverhältnisse in Betrieben ohne Betriebsräte beeinflussen.

Die zurückliegenden Betriebsratswahlen wurden in der Öffentlichkeit nur begrenzt wahrgenommen. Nur selten wurde in den Medien darüber berichtet. Trotzdem sollte man sie nicht unterschätzen. Betriebsräte sind für die abhängig Beschäftigten von großer Bedeutung. Weil nur dort, wo Betriebsräte bestehen, können die Rechte aus dem BVG, die zugunsten der Werkträgern wirken, umgesetzt werden. Außerdem sind sie für die Gewerkschaften die Zugangstür zu einem Betrieb. Ohne sie, wäre deren Arbeit um ein vielfaches schwerer.

Faschisten setzen sich nicht durch

Für die DGB-Gewerkschaften verliefen die zurückliegenden Wahlen

erfolgreich. Ihre Listen bekamen in den meisten Betrieben die Mehrheit. Das gilt besonders für die IG Metall. In der Automobilindustrie wurden Ergebnisse von 80 Prozent und mehr erreicht. Dabei hatte man in den Vorständen der Gewerkschaften mit Sorge auf die diesjährige Betriebsratswahl geschaut. Das, nicht zuletzt deshalb, weil Meinungsumfragen besagen, dass die Anhängerschaft der AfD unter ArbeiterInnen besonders groß sei.

Schon bei den Betriebsratswahlen 2018, wie auch jetzt, sind, besonders in der Automobilindustrie, rechte



Spalterlisten gegen die IG Metall angetreten. Sie gruppierten sich hauptsächlich um das neofaschistische „Zentrum Automobil“. Allerdings waren sie nicht besonders erfolgreich. Trotzdem konnten sie aber in verschiedenen Daimlerbetrieben, so in Untertürkheim, Sindelfingen und Rastatt, Mandate erringen. Es gelang ihnen ebenso bei Opel in Darmstadt und in Sachsen bei VW in Zwickau und bei BMW und Porsche in Leipzig. Auch in kleineren Betrieben, tauchten unter anderen Namen, rechte Listen auf. Ideologisch angesiedelt sind sie alle, mehr oder weniger, bei der AfD und in Ostdeutschland bei den sogenannten „Freien Sachsen“.

Ihre Taktik war und ist dabei immer die gleiche. Sie griffen und greifen den Unmut der Kolleginnen und Kollegen mit den Zuständen im Betrieb auf und geben die Schuld daran den gewerkschaftlich orientierten Betriebsräten und der jeweiligen Gewerkschaft. Die Unternehmensleitungen werden weitgehend von der Kritik ausgeschlossen. So schreibt das „Zentrum Automobil“ auf seiner Homepage: „In den kommenden Wochen und Monaten können sich mutige Kollegen in alternativen Kandidatenlis-

ten zur Wahl aufstellen und so eine innerbetriebliche Opposition zu den großen Gewerkschaften wie IG Metall und ver.di aufbauen: Dafür haben wir Material zusammengestellt, Erklärfilme produziert, Texte vorbereitet und ein Online-Seminar eingerichtet. (...) Das Zentrum ist ein wachsendes Netzwerk alternativer Betriebsräte und bundesweit in allen Branchen und Industrien tätig.“

Im Jahr 2009 wurde das „Zentrum Automobil“ als eingetragener Verein gegründet. Der führende Kopf und Vorsitzende ist ein gewisser Oliver Hilburger, der bei Daimler-Benz in Untertürkheim beschäftigt ist. Hilburger hat weit verzweigte Kontakte zu den führenden Köpfen der „neuen“ Rechten. So sah man ihn schon gemeinsam mit Jürgen Elsässer vom neofaschistischen Compact-Magazin oder zusammen mit dem Pegida-anführer Lutz Bachmann auftreten. Auch mit Bernd Höcke von der AfD steht er in Kontakt. So forderte er 2017, auf einer Konferenz des Compact-Magazins zusammen mit Höcke, „die Deutungshoheit der IG Metall zu brechen“.

Das sollte offensichtlich bei den diesjährigen Betriebsratswahlen erfolgen. In seinem Telegramkanal geht Höcke auf die Wichtigkeit dieser Wahlen ein: „Die AfD Thüringen hat schon sehr früh erkannt, dass die parlamentarische Arbeit nur ein Teilaspekt eines gesamtgesellschaftlichen Aufbruchs sein kann“. „Dazu“, so Höcke, „gehöre auch der Kampf in den Betrieben gegen ‚das Establishment‘ der SPD-Gewerkschaften“. Schließlich fordert er seine Sympathisanten auf: „Bringen Sie sich ein! Treten Sie bei Betriebsratswahlen an! Brechen Sie das Monopol der ‚roten‘ Gewerkschaften!“.

Höckes Wahlkampfunterstützung für rechte Spalterlisten lief ins Leere. Die Dominanz der IG Metall in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie bleibt auch in den nächsten vier Jahren erhalten. Die Wahlergebnisse der Metaller liegen zwischen 70 und 100 Prozent. In der Metall- und Elektroindustrie sind weniger als 25 Mandate von mehreren zehntausend zu vergebenden

Betriebsratsmandaten an rechte Spalterlisten gefallen.

Lediglich bei Daimler in Stuttgart-Untertürkheim konnte das „Zentrum Automobil“ leicht zulegen. Auf der Betriebsversammlung vor den Wahlen hatten Vertreter des „Zentrums“ noch damit geprahlt, dass sie mit ihrer Liste mehr als 25 Prozent der Stimmen bekommen würden. Am Wahltag waren es dann allerdings nur 15,8 Prozent. Sie gewannen damit ein weiteres Mandat und sind nun im Betriebsrat mit sieben Mandaten vertreten. An der Vorherrschaft der IG Metall ändert sich auch in Untertürkheim nichts. Sie hat mit großem Abstand die Mehrheit der Betriebsrats-Sitze.

Der Misserfolg der rechten Spalter ist offenkundig. Der Trend, Mandate zu verlieren, wirkte auch in Ostdeutschland. An den Automobilstandorten Zwickau, Chemnitz und Leipzig konnten sie sich nicht durchsetzen und verloren zum Teil massiv. Noch deutlicher zeigt sich ihr Misserfolg, dass sie in vielen Betrieben es nicht schafften eigene Listen aufzustellen.

Insgesamt sind deshalb die zurückliegenden Betriebsratswahlen positiv zu bewerten. Die Arbeit der Betriebsräte und Gewerkschaften wird offensichtlich – trotz vieler Schwachstellen – von den Werktätigen anerkannt. Man kann zwar nicht von einem gewachsenen Klassenbewusstsein sprechen, aber immerhin davon, dass die Werktätigen ihre Interessen nicht bei den neofaschistischen Spaltern, sondern bei den gewerkschaftlich orientierten Betriebsrats-Kandidaten aufgehoben sehen; sie sich also auf ihre eigene Klasse orientieren.

Dabei machen sie durchaus unterschiedliche Erfahrungen, weil auch in der Praxis, die Rolle des Betriebsrates in einem Betrieb äußerst unterschiedlich sein kann.

Rechte und Aufgaben des Betriebsrats

Die Grundlage der Arbeit eines Betriebsrates ist das Betriebsverfassungsgesetz. Nach diesem Gesetz hat der Betriebsrat darüber zu wachen, dass die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Verordnungen und Unfallverhütungsvorschriften,

Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen vom Arbeitgeber eingehalten werden. Das soll er tun, indem er mit dem „Arbeitgeber“, unter „Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs“ zusammenarbeitet. Das Gesetz gibt dazu den Betriebsräten eine Reihe von Rechten zur Hand.

So hat der Betriebsrat das Recht umfassend informiert zu werden, etwa über Entgelte, Löhne und Gehälter im Betrieb oder über den Einsatz von Leiharbeitern und Werkvertragsfirmen.

Der Unternehmer muss sich mit dem Betriebsrat bei verschiedenen Maßnahmen, die er einleiten will, beraten, ehe er sie umsetzen kann. Das gilt für die Gestaltung von Arbeitsplätzen, der Personalplanung, bei geplanten Betriebsänderungen, wie Änderungen der Betriebsorganisation, Einschränkungen und Stilllegung des Betriebes.

Des Weiteren ist der Betriebsrat vor jeder Kündigung anzuhören. Geschieht das nicht, ist die Kündigung rechtsunwirksam. Unter bestimmten Voraussetzungen kann er dabei der Kündigung widersprechen. Verhindern jedoch, kann der Betriebsrat eine Kündigung nicht

Schließlich hat der Betriebsrat bei sozialen Angelegenheiten eine Reihe von Mitbestimmungsrechten. Nur einige wenige seien genannt.

So bestimmt der Betriebsrat mit bei der betrieblichen Lohngestaltung, bei der Festsetzung von Akkord- und Prämiensätzen und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte. Der Be-

triebsrat bestimmt mit, ob im Betrieb Überstunden oder Kurzarbeit gefahren werden oder nicht.

Kommt bei solchen Fragen eine Einigung zwischen Betriebsrat und Unternehmen nicht zustande, kommt die Problemstellung vor eine außerbetriebliche Einigungsstelle. Sie ist in der Regel neben den Betriebsparteien auch mit Vertretern der zuständigen Gewerkschaft und des entsprechenden Arbeitgeberverbandes besetzt. Geleitet wird die Einigungsstelle von einem Vorsitzenden (meist ein von beiden Parteien akzeptierter Arbeitsrichters), der, wenn die Fronten verhärtet bleiben, einen verbindlichen Einigungsstellenspruch fällt.

So wie es auf dem Papier aussieht, hat der Betriebsrat also umfassende und weitreichende Rechte. Die betriebliche Realität sieht jedoch anders aus. Hier kann der Betriebsrat nach dem Gesetz eigentlich nur in sozialen Angelegenheiten tatsächlich mitbestimmen, Also banal gesagt, ob die Kantine einen grünen oder blauen Farbanstrich erhält. Bei Kündigungen, Rationalisierungen, bei Stilllegung oder Verlagerung eines Betriebsteils oder gar der Stilllegung des ganzen Betriebes, bei der Entscheidung was, wie und wo produziert wird, bei Investitionsentscheidungen, oder bei der Profitverteilung haben Betriebsräte nichts zu sagen. Solange Entscheidungen über solche Angelegenheiten alleine von Kapitalvertretern getroffen werden, kann von Mitbestimmung im Betrieb keine Rede sein.

Ohne Novemberrevolution 1918 – keine Betriebsräte



Dezember 1918, Berlin

Die Geschichte des Betriebsverfassungsgesetzes ist eng verbunden mit der Novemberrevolution 1918. Ohne diese Revolution würde es heute keine Betriebsräte geben. Mit Beginn der Revolution entstanden, oft spontan, Arbeiter- und Soldatenräte als Organe des revolutionären Umsturzes. Es kam es zu einer breiten Rätebewegung, die alle gesellschaftlichen Bereiche umfasste. In der Rätebewegung wurden dabei zunehmend Forderungen und Ziele artikuliert, die auf eine umfassende Neuordnung in der Armee in der Wirtschaft und im Staat, also auf eine sozialistische Neuordnung, hinauslief.

Auf dem ersten Reichsrätekongress im Dezember 1918 beschlossen die Delegierten unter Anderem, möglichst schnell mit der Sozialisierung der Industrie zu beginnen. Die Arbeiterräte verbanden damit auch konkrete Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in allen Angelegenheiten des Betriebes und des Unternehmens. Die Sozialisierung sollte nicht einfach eine Verstaatlichung sein.

Die Umsetzung der Beschlüsse stieß auf massiven Widerstand der nach wie vor herrschenden Klasse. Es verwundert deshalb nicht, dass die maßgebliche Regierungspartei dieser Zeit, die SPD nichts tat um die Beschlüsse umzusetzen. Sie sorgte im Gegenteil dafür, dass die Beschlüsse entweder ignoriert oder auf unbestimmte Zeit verschoben wurden.

Das Ergebnis dieser Politik führte zu einer Radikalisierung großer Teile der Arbeiterschaft und zum Erstarken von USPD und KPD. Im Frühjahr 1919 kam es zu einer großen Streikbewegung in Deutschland und schließ-

lich im März zum Generalstreik in Berlin mit bis zu einer Million Streikenden. Zentrale Forderung des Generalstreiks war die „Anerkennung der Arbeiterräte“.

Die Arbeiterräte sollten die Neuordnung in Deutschland sichern und ausbauen. Sie sollten in allen Betrieben eine eingehende Kontrolle ausüben und einen entscheidenden Einfluss auf Produktions- Lohn- und Arbeitsverhältnisse nehmen. Und schließlich sollte in einem weiteren Schritt die Sozialisierung umgesetzt werden.

Was dann geschah ist bekannt. Noske setzte seine Soldateska gegen die Arbeiter ein und ließ die Streikenden zusammenschießen. Damit war auch die Sozialisierung vom Tisch. Immerhin wurde in die Weimarer Verfassung die Möglichkeit der Sozialisierung von Unternehmen aufgenommen und das Bestehen von Räten garantiert. Aber das war nichts anderes als die übliche sozialdemokratische Verdummungspolitik.

Im Februar 1920 wurde dann das erste Mal ein Betriebsrätegesetz verabschiedet. Von einem entscheidenden Einfluss auf Produktions-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse war keine Rede mehr. Vielmehr wurde im Gesetz als Leitlinie vorgegeben, der Betriebsrat habe „den Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen“. Die Mitbestimmungsrechte der gesetzlichen Betriebsräte waren strikt auf soziale Belange beschränkt.

Und wie sieht es heute aus? Die Betriebsverfassung in der BRD wurde 1952 verabschiedet. Seither erfolgten verschiedene Änderungen und Ergänzungen. Dabei war die Novel-

lierung des Gesetzes im Jahr 1972 unter der sozialliberalen Koalition die am weitest gehende. Doch am „scheindemokratischen Charakter“ des Gesetzes hat sich nichts geändert. Der „Herr im Hause“ war 1920 der Unternehmer und der „Herr im Hause“ ist im Jahr 2022 der Unternehmer. Musste der Betriebsrat 1920 den „Arbeitgeber zur Erfüllung des Betriebszweckes unterstützen“, so muss er mit ihm heute „vertrauensvoll zusammenwirken“. Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte gibt es, wie schon gesagt, alleine bei sozialen Angelegenheiten, damals wie heute. Bei ökonomischen Fragen darf der Betriebsrat zwar herummeckern. Das war es dann aber auch.

Und trotzdem. Obwohl das Betriebsverfassungsgesetz geschaffen ist um in den Betrieben die Sozialpartnerschaft zum Blühen zu bringen, bietet es für Betriebsräte auch die Möglichkeiten zu einer kämpferischen, an den Interessen der Belegschaften orientierten Politik. Deshalb kann in der Praxis, die Rolle der Betriebsräte recht unterschiedlich sein.

Das sieht die Mehrheit der Unternehmer wohl auch so. Für sie ist deshalb kein Betriebsrat besser als selbst der harmloseste, sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Betriebsrat.

Unionbusting und Co-Management

Besonderes in mittleren und kleineren Betrieben wird das sichtbar. In der Mehrzahl der Betriebe gibt es dort, wie schon gesagt keine Betriebsräte. Und das liegt nicht primär am mangelnden Interesse der Beschäftigten. Denn oft ist es so, dass, wenn KollegInnen die Initiative zu einer Betriebsratswahl ergreifen, diese mit oft brutalen Mitteln bekämpft wird.

Unionbusting wird von den Unternehmern zur Verhinderung einer Betriebsratswahl, aber auch zur Bekämpfung eines schon bestehenden Betriebsrates, auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei geht eine Unternehmensleitung direkt, oder mit Hilfe spezialisierter „Unternehmens-Beratern“ gegen die Initiatoren vor. Da wir gemobbt, bespitzelt, gelogen und entlassen. Keine Schweinerei wird ausgelassen. Dabei ist dieses Vorgehen ein Straftatbestand. Das BetrVG sagt, dass demjenigen, der eine Be-



etriebsratswahl behindert, oder eine Arbeitnehmervertretung behindert oder durch Androhung von Nachteilen oder Versprechen von Vorteilen beeinflusst, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft wird. Soweit das Gesetz. Ob jemals ein Unternehmer oder einer seiner Unionbustern deswegen einsitzen musste ist nicht bekannt und auch wenig wahrscheinlich. Soviel zu den Werten für die diese Republik steht.

Die Kehrseite aggressiver Unternehmerpolitik gegen Betriebsräte ist die Sozialpartnerschaft. Hier werden Betriebsräte von der Unternehmensseite massiv umgarnt. Von Seiten der Betriebsräte kommt es hier wirklich zu der im Betr.VG vorgeschriebenen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Kapitaleseite. Diese aber arbeitet nur soweit mit den Betriebsräten „vertrauensvoll“ zusammen, solange es ihr nützt. Hier sehen sich Betriebsräte als Co-Manager und identifizieren sich voll mit den Unternehmenszielen. In der Praxis heißt das, Überstunden und Sonderschichten stoßen auf wenig Kritik. Der Einstellung von Leiharbeitern wird fast unbeschränkt zugestimmt. Fast jeder Wunsch der Unternehmensleitung wird erfüllt. Und alle Streitigkeiten, die aus den vorhandenen Interessengegensätzen resultieren, werden in der Regel konfliktfrei beigelegt. Besonders häufig finden wir diesen Betriebsratstyp bei den Automobilherstellern. Von den Belegschaften in diesen Betrieben wird ein solcher Betriebsrat allerdings weitgehend akzeptiert. Sorgt er doch mehr oder weniger regelmäßig für ansprechende Sonderzahlungen für die Belegschaften.

Dem stehen kämpferische Betriebsräte gegenüber. In ihrer Arbeit orientieren sie sich am Interessengegensatz von Kapital und Arbeit, also am Klassengegensatz. Das geht trotz der Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Kapitaleseite. Denn die ist es, die in der Regel die Interessen der Werktätigen einschränken und begrenzen will. Und hier muss ein Betriebsrat, auch nach dem bestehenden Betr.VG, zu Gunsten der Beschäftigten eingreifen. Ein kämpferischer Betriebsrat nutzt die Möglichkeiten des Betr.VG offensiv, z.B. bei Arbeitszeitfragen in Verbindung mit einer Beschäftigungssi-

cherung. Doch bietet das Gesetz für diese Arbeitsweise noch viele Möglichkeiten. Wichtig ist dabei, dass die Politik eines solchen Betriebsrats für die Belegschaft nachvollziehbar ist und dass er im engen Kontakt mit den KollegInnen steht und diese in hohem Maße gewerkschaftlich organisiert. Nur so ist es möglich eine kämpferische Politik zusammen mit der Belegschaft zu machen. Eine Unternehmensleitung sollte immer befürchten, dass bei der Maßregelung eines Betriebsratsmitglieds die Beschäftigten mit entsprechenden Aktionen antworten.

Leider ist der zuletzt beschriebene Betriebsratstyp in der Betriebsratslandschaft eine Minderheit. Verwunderlich ist das nicht. Spiegelt sich doch darin das mangelhaft entwickelte Klassenbewusstsein der abhängig Beschäftigten wider. Aber trotzdem gibt es diese Betriebsräte. Und in dem Geschäftsbereich einer Gewerkschaft setzen sie mit ihrer kämpferischen Haltung Beispiele und beeinflussen dadurch auch andere Betriebsräte und gewerkschaftliche Akteure.

Das ist auch gerade in der sehr nahen Zukunft absolut notwendig. Betriebsräte und deren Belegschaften müssen lernen sich zu wehren und zu erkennen, dass es zwischen den Klassen keine Sozialpartnerschaft gibt. Das ist sicher ein mühsamer Weg. Doch gibt es dazu keine Alternative. Die Autoindustrie, sowie die daran hängenden Industriebereiche, stehen durch die Klimakatastrophe und den Krieg in der Ukraine vor einer gewaltigen Umwälzung. Zehntausende Arbeitsplätze stehen zur Disposition. Dazu kommen Werksschließungen und Betriebsverlagerungen ins Ausland. Das wird alles auf Kosten der arbeitenden Menschen gehen. An einer sogenannten „sozialverträglichen Lösung“ hat das Kapital wenig Interesse. Auch Apelle an die Regierenden werden nichts bringen. Die einzige Möglichkeit eine solche Entwicklung zu beeinflussen ist Gegenwehr. Das heißt: die Betriebsräte und Gewerkschaften müssen in den Betrieben die Belegschaften auf diesen Widerstand vorbereiten und den Kampf organisieren. Die Alternative heißt Untergang!

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den**dialektischen Materialismus**

Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten,
Klebebindung. 5,- €.

August Thalheimer

**Über die Kunst der Revolution
und die Revolution der Kunst**


Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

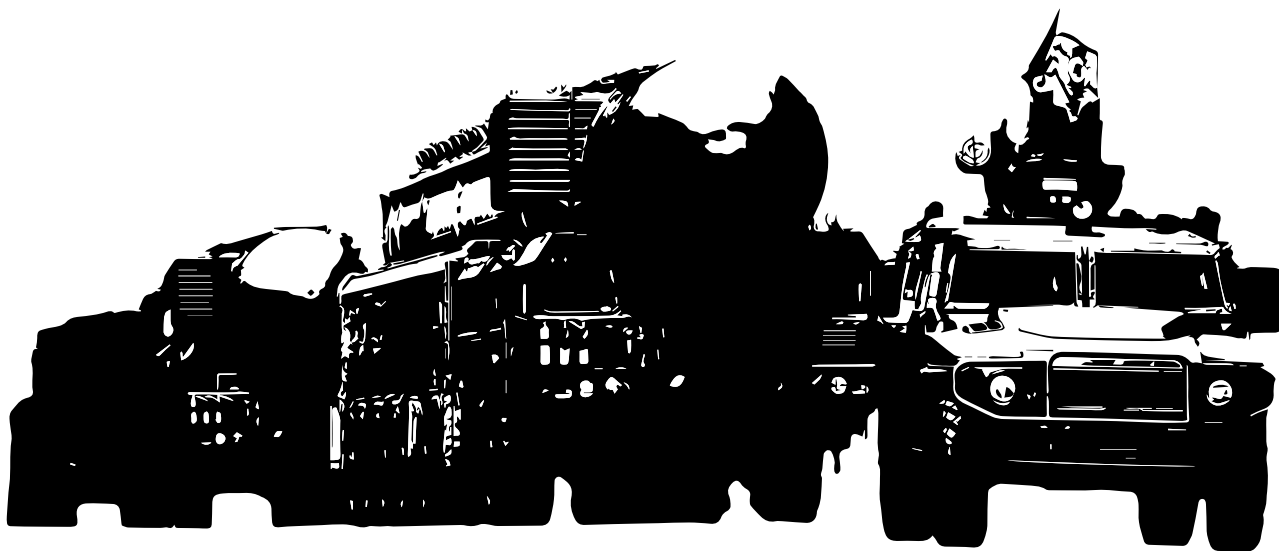
Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Der Krieg in der Ukraine und die Folgen

Kurzer Abriss der Ereignisse

Der folgende Text war als allgemeine Grundlage für die Diskussion auf der Jahreskonferenz gedacht. Er wurde danach in einigen Punkten überarbeitet und aktualisiert, so dass wir ihn als eigenständigen Artikel abdrucken.



In den Darstellungen der Herrschenden und ihren Medien begann der Krieg mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Deren Aussagen nach ist es auch der erste Krieg in Europa nach dem 2. Weltkrieg. Klare Sache also: Russland war der Angreifer und die Ukraine das Opfer. Diesen Aussagen können wir nur so weit zustimmen, als dass Russland die Ukraine angegriffen hat. Die Vorgeschichte wollen wir aber nicht ausklammern. Da ist der Krieg im Donbass, der seit 2014 nahezu unbeachtet stattfindet und der von der EU stillschweigend geduldet wurde. Die Ukraine hat ihn Ende 2021 massiv verstärkt. Dazu kommen die NATO-Osterweiterung, das permanente Ausschlagen der ausgestreckten Hand Russlands und das Ignorieren der russischen Sicherheitsinteressen. Russland übermittelte seine Positionen zur Entschärfung der Lage am 17. Dezember 2021. Sie beinhalteten u.a. die Forderung nach Rücknahme der sukzessiven Aufrüstung und der Eingliederung weiterer osteuropäischen Staaten in die NATO. Das Schreiben thematisierte die Sorge vor einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Osteuropa und davor, im Zuge immer häufigerer NATO-Manöver immer öfter und

immer mehr NATO-Truppen an seinen Grenzen zu wissen. Ende Januar überreichte die NATO ihr Antwortschreiben: in keinem der von Russland kritisierten Bereiche wurde relevant auf Moskau zugegangen.

Das rechtfertigt natürlich in keiner Weise den russischen Angriff, soll aber Ursachen benennen, die in den Medien – wenn überhaupt – nur sehr am Rand abgetan werden.

Die geostrategische Bedeutung der Ukraine ist sowohl für die NATO als auch für Russland immens wichtig. Der Kampf um die Ukraine begann, wie schon gesagt, allerdings schon weit früher. Auslöser der Eskalation 2014 war die Ablehnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU, mit dem die Ukraine fest in den westlichen Block integriert werden sollte, durch den damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch. Die unmittelbar darauf mit massiver westlicher Unterstützung – allen voran den USA – und unter reger Beteiligung faschistischer Kräfte einsetzenden Maidan-Proteste führten dann zur Flucht des gewählten Präsidenten. In der Folge wurde eine pro-westliche Regierung eingesetzt.

„Umgehend kündigten die neuen Machthaber in Kiew an, schnellstmöglich die NATO-Mitgliedschaft anzustreben und den – eigentlich

unkündbaren – bis 2047 laufenden Pachtvertrag für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim aufzukündigen.

Dies alles ging der russischen Reaktion voraus, die vor allem in der Eingliederung der Krim und der Unterstützung separatistischer Kräfte in der Ostukraine bestand. Es folgte ein Bürgerkrieg, der in dem von der Ukraine, Russland, Frankreich und Deutschland ausgehandelten Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015 mit einem wackligen Waffenstillstand endete. Es sah neben einem sofortigen Waffenstillstand unter anderem den Rückzug schwerer Waffen, einen Autonomiestatus für die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie Wahlen und den Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten vor.

Die Umsetzung des Abkommens scheiterte in den Folgejahren, weil die ukrainische Regierung sich weigerte, es einzuhalten, was vom Westen (D+F) zumindest geduldet wurde.

In den folgenden Jahren wurde die Ukraine durch die USA und Europa massiv aufgerüstet und das ukrainische Rechts- und Wirtschaftssystem an die Bedürfnisse des EU-Binnenmarktes angepasst.

Der Westen hat es versäumt, Russland die geforderten Sicherheitsgarantien zu geben. Im Gegenteil: vom Kosovo 1999, über den Irak 2003 bis Libyen 2011 hat er das Völkerrecht und die Achtung vor der russischen Macht auf die leichte Schulter genommen. Moskau rächt sich mit denselben Waffen: Lügen, Umgehung internationaler Regeln, Gewalt statt Recht.“ (ARSTI 215, Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges)

Die deutschen Medien im Krieg

Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung zur Kriegsbeteiligung der Bundeswehr war anfänglich zurückhaltend. Mit der Absicht, diese Zurückhaltung aufzubrechen, trommelten die bundesdeutschen Medien schon seit dem Maidan-Putsch, um das Feindbild Russland auch in der Bevölkerung wieder auferstehen zu lassen. Seit dem 24. Februar schießen sie nun auch aus allen Rohren.

Dabei steht „die Unmittelbarkeit der Berichterstattung von Beginn an im Zentrum, schließlich wollen all die Spezialformate und Sonder-sendungen gefüllt sein. Raketeneinschläge hier, flüchtende fassungslose Großmütter und schluchzende Kinder mit und ohne Kuscheltier dort: die visuellen Medien scheinen ihre Kameras in allen Kampfzonen aufgestellt zu haben. Zumindest für die ukrainischen Medien gilt dies und die hiesigen Sender und Printmedien verbreiten deren Material ungefiltert weiter. Verschämterweise ab und an mit dem Hinweis versehen, dass die Berichte nicht unabhängig geprüft werden konnten. Doch wen interessiert das schon? Allein die emotionale Wucht der Bilder und Interviews sorgt für das richtige Verständnis. Ab dem ersten Tag gibt es keinerlei Distanz zum berichteten Gegenstand, die Gesamtheit der Reporterinnen ist Partei, steht unkritisch auf der ukrainischen Seite und nimmt nicht weniger massiv Stellung gegen die russische.

Diese Parteilichkeit wird umstandslos vorausgesetzt und ist Grundlage der journalistischen Tätigkeit geworden. (...) Die geltende Interpretation der Ereignisse steht längst fest und ist unter den Kriegsbedingungen Staatsraison.

Ursache und Wirkung sind nicht mehr zu trennen, alle Scharfmacher finden dankbare Medien zur Verbreitung steiler und steilster Kriegsrhetorik vor. Und alle Medienmacher wissen, dass sie mit ihrer Berichterstattung und der Kommentierung durch ihre Expertenschar umgehende Reaktionen der Politik auslösen. Was ist die Einflussnahme auf politische Entscheidungsfindung anderes?

Innerhalb von Tagen wird die bisherige Russlandpolitik abgeräumt. Wer sich nicht von seiner als falsch oder naiv diffamierten Sichtweise auf die Wirtschaftsbeziehungen zum großen Nachbarn im Osten distanziert, dessen Posten steht schnell zur Debatte. (ARSTI 216, *Deutsche Medien und deutsche Parteien in Kriegszeiten*)

Militarisierung

Von Politikern nahezu aller deutschen Parteien wurde der Angriff Russlands in der Folge dahingehend instrumentalisiert, die Aufrüstung voranzutreiben und die deutsche Be-

der Waffenlieferungen an die Ukraine und einer generellen Aufrüstung zu überzeugen. Dazu ein Zitat der *Deutsche Welle* von Ende August: „Zwei Weltkriege und zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert haben in Deutschland ein tiefes Misstrauen gegen alles Militärische wachsen lassen. Uniformen gehören bislang nicht zum Straßenbild. Dass jetzt uniformierte Soldaten als völlig normale Erscheinung im Alltag dargestellt werden, kann man als Zeichen einer tektonischen Verschiebung lesen: In Folge des Ukraine-Krieges macht Deutschland seinen Frieden mit dem Militär – und rüstet sich für künftige Konflikte.“

„Die Regierung tischt das Märchen auf, dass Deutschland für Friedenspolitik, Abrüstung, Rüstungskontrolle, zivile Konfliktlösungen, Entspannung, Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit stehe. Durch den russischen Angriff sei Deutschland aber nun zum Aufbau einer ‚militärisch wehrhaften Demokratie‘ gezwungen.

Mit der Scholz'schen Zeitenwende, dem Sondervermögen von 100 Mrd. € und der angestrebten Anhe-



völkerung auf Krieg einzustimmen.

Die „Zurückhaltung“ der deutschen Regierung im Irak und in Libyen war der Stimmung in der Bevölkerung geschuldet, die mehrheitlich gegen eine Kriegsbeteiligung der Bundeswehr eingestellt war. Nun scheint die Stunde günstig und wird auch genutzt, um die Menschen in Deutschland von der Notwendigkeit

der Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP soll Deutschland zur schlagkräftigsten Armee Europas ausgebaut werden. Hierbei handelt es sich um das größte Aufrüstungsprogramm der Nachkriegsgeschichte. Wird das alles umgesetzt, dann verfügt Deutschland nach den USA und China über den drittgrößten Militärhaushalt der Welt.

Es handelt sich hier um eine fundamentale Abkehr von den Prinzipien bundesdeutscher Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, insbesondere dem ‚Prinzip militärischer Zurückhaltung‘.

Doch tatsächlich begann die Aufrüstung bereits 2014. Damals wurde sie mit der Annexion der Krim durch Russland sowie den Bedrohungen durch den ‚Islamischen Staat‘ im Irak und in Syrien gerechtfertigt. Die Grundlage dazu war u.a. die Studie ‚Neue Macht – neue Verantwortung‘ der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund. Diese Studie war eine Reaktion auf die deutsche Enthaltung im Libyen-Krieg.

Die Sicherheitskonferenz 2014 in München markiert den Einschnitt. Damals sprachen der frühere Bundespräsident Gauck, die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen und Bundeskanzlerin Merkel von ‚neuen Bedrohungsszenarien‘, die eine ‚reaktive Zäsur‘ in der deutschen Außenpolitik erforderlich machten. Die bundesdeutsche ‚Politik der militärischen Zurückhaltung‘ wurde zum Auslaufmodell erklärt; auch der Zugriff auf Atomwaffen winkte wieder. Deutschland solle in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen. Dafür müsse Deutschland von einem ‚Sicherheitskonsumenten‘ zu einem ‚Sicherheitsproduzenten‘ werden; in den Rüstungskonzernen rieb man sich die Hände.

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine bietet sich der NATO die perfekte Gelegenheit, aufzurüsten und die westliche Außenpolitik weiter zu militarisieren. Ihre Erweiterung um Finnland und Schweden wurde gerne mitgenommen. Mit erschreckenden Bildern werden die Leiden der ukrainischen Bevölkerung instrumentalisiert, um jahrzehntelang geltende Grundsätze zu entsorgen. Eine massive Hochrüstung der Armeen der europäischen Staaten schafft weder einen neuen und sichereren Frieden, noch hilft dies den Menschen in der Ukraine. Die Welt befindet sich in einem neuen globalen Wettüben, das die Welt nicht friedlicher und nicht sicherer macht.“ (ARSTI 217, *Rüstung und Soziale Frage*)

Die deutsche Linke

Schwer getroffen vom Krieg in der Ukraine wurde auch die deutsche Linke. Angeschlagen und gespalten war sie ja bereits im Gefolge der Corona-Krise. Hier war die Verwirrung groß, einerseits wurden die Maßnahmen der Regierenden befürwortet und unterstützt; es gab sogar Stimmen, die diese noch verschärfen wollten, z.B. durch Zero Covid. Wenige kritisierten die Regierung in diesen Fragen massiv. Letztere wurden dann in einen Topf mit den neu erfundenen, sogenannten Querdenkern geworfen. Die Grenzen zwischen rechts und links schienen in dieser Frage zu verschwimmen. Es gab also nicht nur keine Parteien mehr...

In diese Phase der Verwirrung platzte nun der Krieg, mit dem natürlich auch auf Seiten der Linken niemand gerechnet hatte. Einig war sich die Linke in der Ablehnung des russischen Angriffs. Das war dann aber auch alles an gemeinsamem Nenner. Die Vorgeschichte, wie die NATO-Osterweiterung, das Nichteingehen auf russische Sicherheitsinteressen oder verstärkte Manöver an der russischen Grenze schienen bei einigen Gruppen gar keine Bedeutung zu haben. Bei anderen wiederum wurde das so in den Vordergrund gespielt, dass Russland scheinbar gar keine andere Wahl hatte, als mit einem Präventivangriff zu reagieren. Auch in Bezug auf Waffenlieferungen für die Ukraine gibt es keine einheitliche Meinung. Der Wirrwarr ist groß. Wir dokumentieren dazu einen Auszug aus der internationalen: Die Vierte Internationale versteht in ihren Stellungnahmen „den russischen Besatzungskrieg als Ausdruck des großrussischen Chauvinismus und Imperialismus, der die Existenz einer ukrainischen Nation bestreitet und eine unabhängige Ukraine nicht akzeptiert. Das Putin-Regime hat den Krieg begonnen und wiederholt eskaliert. Der ukrainische Widerstand hat einen antikolonialen Charakter und muss deshalb unterstützt werden. Die Niederlage des Putin-Regimes ist Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung sowohl in der Ukraine als auch in Russland. Ein Sieg Putins wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung der Zivilgesellschaft in der Ukraine und in Russland. Er würde die internationale Kriegsgefahr ansteigen lassen. ‚Brüder

im Geiste‘ Putins würden ihre Expansionsvorhaben kriegsrisch durchsetzen wollen. Erst der erfolgreiche Widerstand der Ukraine brachte die NATO-Staaten in Zugzwang, dem Widerstand militärisch massiv unter die Arme zu greifen, die aber selbstverständlich ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgen.“ (die internationale 6.22, debatte).

Die Frage, ob Russland imperialistisch ist, haben wir in der ARSTI 217 ausführlich behandelt. Es gibt sogar anarchistische Gruppen, die zum bewaffneten Kampf in der Ukraine aufrufen.

Die Partei „Die Linke“ wird durch den Krieg zusätzlich zerrissen. Das Gespenst einer Spaltung geistert herum. Nach der Einschätzung von Ekkehard Lieberam markiert der Erfurter Parteitag von Ende Juni 2022 und die Zeit danach eine deutliche Zäsur in der Geschichte der Partei.

„Ihre inhaltliche und personelle Anpassung an den Politikbetrieb nahm eine neue Qualität an. Die Linkspartei ist keine Wahlalternative zu den anderen Bundestagsparteien mehr. Sie ist allenfalls noch ‚das kleinere Übel‘. Inhaltlich wurde in Erfurt scharf gegen Russland Kurs genommen. Außenpolitisch erfolgte somit eine fast vollständige Anpassung an die Ampelkoalition. Die Linkspartei hat die Kritik am US-Imperialismus und an der NATO im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg so gut wie eingestellt. Ihr Verständnis des sozialpolitischen Kampfes im ‚heißen Herbst‘ hat kaum noch Bezug zum Friedenskampf.“

Der Parteitag negierte den Doppelcharakter bzw. die Janusköpfigkeit des Ukraine-Krieges. Dieser Krieg begann als Verteidigungskrieg der Ukraine gegen einen Angriff Russlands. Er wurde sehr schnell primär zum Stellvertreterkrieg von USA und NATO gegen die Russische Föderation ‚bis zum letzten Ukrainer‘. Er eskaliert. Er steht zusehends für Kriegshysterie, Hochrüstung und Militarisierung der Außenpolitik in Deutschland. Er ist zum lange andauernden Abnutzungskrieg mit dem Ziel der Destabilisierung bzw. Zerschlagung Russlands und der Schwächung Chinas geworden. Es droht ein nuklearer SuperGAU.

All diese Aussagen sind kaum noch bei der Linkspartei zu finden. Sie werden oft sogar als ‚unvereinbar mit den Positionen des Erfurter Parteitages‘ hingestellt. Auch die Vorgeschichte dieses Krieges, die NATO-Osterweiterung

und die Negation der Sicherheitsinteressen Russlands durch den ‚Westen‘, ist kein Thema mehr. Die Befürwortung der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und von Waffenlieferungen an die Ukraine durch Linkspolitiker ist seit Erfurt zur ‚legitimen Position‘ innerhalb der Partei im Rahmen der ‚Solidarität mit der Ukraine‘ geworden.“ (junge Welt, 28. 10. 2022, Gegen die Wand)

Wir sind in allen Ausgaben der ARSTI in diesem Jahr auf den Krieg eingegangen – auch auf unserem Seminar in München hatten wir ihn zum Thema. Angesichts unserer Zahl und unserer Einflussmöglichkeiten mag es vermessen klingen, aber es wäre schon gut, wenn aus den Diskussionen auf dieser Jahreskonferenz eine Orientierung für Linke entwickelt werden könnte.

Zurzeit scheint eine der brennendsten Frage auf linker Seite zu sein, wie wir uns auf den Demonstrationen gegen die kriegsbedingten Teuerungen von rechts abgrenzen können und müssen. Das kann dann zu der grotesken Situation führen, dass Zehntausende gegen die Teuerung und die unzureichenden Maßnahmen der Bundesregierung demonstrieren und weit weniger Gegendemonstranten versuchen diese zu verhindern.

Friedensbewegung

Die Friedensbewegung war in den ersten Monaten des Krieges wie paralysiert. Nur die Standhaftesten unter ihnen hielten noch an ihren Zielen fest – das lag sicherlich auch an der üblen medialen Hetze, mit der sie überzogen wurden. Dabei wurde sie ja – ähnlich wie die SPD – für die russische Invasion verantwortlich gemacht. Auch Tolstoi, Puschkin und andere russische Schriftsteller haben in den Augen ukrainischer Nationalisten dazu beigetragen, dass die russische Politik so ist wie sie ist; deswegen wurden ihre Werke verbrannt. Je länger der Krieg dauert, umso deutlicher wird immer mehr Menschen bewusst, dass es keine militärische Lösung geben kann.

Die Ankündigung von Manövern, in denen erprobt werden sollte, wie ein (begrenzter) Atomkrieg führbar

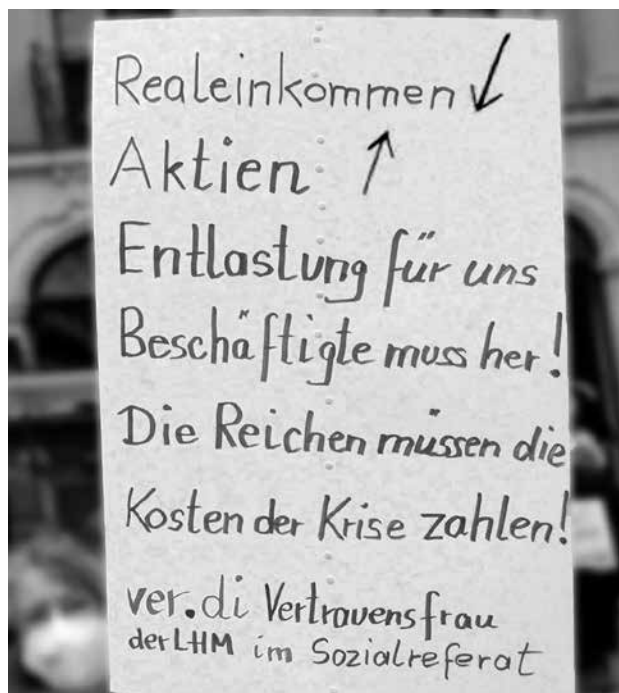
gemacht werden kann, hat allerdings einige Menschen wachgerüttelt. Es ist Wahnsinn, einen Atomkrieg nicht mehr vermeiden zu wollen, sondern als Ziel auszugeben, ihn nun zu führen. Das findet seinen Niederschlag auch in der verstärkten Beteiligung an Aktionen der Friedensbewegung. Die Stellungnahmen des Kassler Friedensratschlags sprechen eine deutliche Sprache. So beginnt die Abschlusserklärung vom Bundesausschuss Friedensratschlag zum 29. bundesweiten Friedensratschlag am 10./11. Dezember 2022 in Kassel mit den Worten: „Die alte unipolare, von den USA dominierte Weltordnung geht zu Ende. Die USA und ihre Verbündeten versuchen, diese Entwicklung mit allen Mitteln aufzuhalten. Auf die Gefahr eines großen Krieges hin intensivieren sie ihren Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Russland und zündeln gleichzeitig mit gegen China gerichteten militärischen Aktivitäten im Pazifik und Provokationen um Taiwan. Der ab Februar

sich ziehen. Zurzeit sind zwar noch keine konkreten Zahlen und Vorhaben bekannt geworden, aber nach allen Erfahrungen werden wohl auch diesmal „die kleinen Leute“ für die Kosten der Kriege und deren Folgen aufkommen müssen. Ein weiterer Abbau des Sozialstaats angesichts des Ukraine-Krieges und der Klimakatastrophe wird kommen. Das trifft die von Armut betroffenen und bedrohten Teile der Gesellschaft, – nach neuesten Umfragen bereits 25% –, besonders hart. Angesichts explodierender Miet- und Lebensmittelpreise reicht ihnen das Geld heute schon hinten und vorne nicht. Die Folgen der Aufrüstung und des Krieges drohen alle Lebensbereiche zu dominieren.

Vom DGB und den Einzelgewerkschaften wird „die dauerhafte Aufstockung des Rüstungshaushalts zur Erfüllung des 2 %-Ziels der NATO kritisch beurteilt. Notwendige Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates dürfen nicht zur Disposition stehen.“ (DGB klartext 12/2022, 1.4.2022). Nicht in Frage gestellt werden von der DGB-Führungsriege allerdings die „militärische Friedenssicherung“ und die Fähigkeit Deutschlands, „sich zu verteidigen und seine Bündnisverpflichtungen zu erfüllen“. Auch bei der Zustimmung zu den Wirtschaftssanktionen konnte die Regierung auf die DGB-Führung zählen. So „befürworten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die scharfen wirtschaftlichen Sanktionen, die von der Bundesregierung, der Europäischen Union und den westlichen Bündnispartnern gegen Russland verhängt worden sind“, obwohl ihnen bewusst war: „die nachteiligen

Folgen dieser Sanktionen werden auch an uns selbst nicht spurlos vorbeiziehen.“ (DGB, 2.3.22) Genauso ist es gekommen – mit tatkräftiger Unterstützung der Chefetagen der DGB-Gewerkschaften. Von der eigenen Verantwortung versucht man abzulenken und Putins Angriffskrieg dafür haftbar zu machen.

Der Unmut in der Bevölkerung wächst, das weiß auch die Regierung. Zur Ruhigstellung der Bevöl-



ausgeweitete Wirtschaftskrieg verschärft weltweit Hunger und soziale Ungleichheit und konterkariert den Kampf gegen den Klimawandel.“

Zur Sozialen Frage

Die Finanzierung der Aufrüstung durch das „Sondervermögen“ und die Umsetzung des 2%-Ziels wird zwangsläufig Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich nach

kerung schnürte die Bundesregierung Entlastungspakete, die von Sarah Wagenknecht treffend als „Päckchen“ bezeichnet wurden. Die angekündigten „zielgenauen“ Hilfen für Arme sind in den Paketen deutlich zu vermissen. Im Gegenteil, eine pauschale Erhöhung bekommen alle, auch diejenigen, die nun wirklich nicht darauf angewiesen sind. Wer hat, dem wird gegeben! Der Armutsforscher Christoph Butterwegge kritisierte, dass die Umverteilung von unten nach oben durch das dritte Entlastungspaket in keiner Weise gelindert werde. Für viele Menschen werde es im Winter nur um die inhumane Alternative gehen: hungern oder frieren. (*junge Welt*, 12.9.2022).

Die Kriegsgewinne der Mineralölkonzerne, der Rüstungsindustrie und anderer Bereiche scheinen in Deutschland tabu zu sein und sollen nicht angetastet werden.

Da ist die Empfehlung der Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten schon eine Überraschung. Sie raten der Bundesregierung zu Steuererhöhungen für einkommensstarke Haushalte. Um die teuren Maßnahmen im Kampf gegen die Energiekrise zu finanzieren, solle der Spitzensteuersatz angehoben oder alternativ ein Energie-Soli für Besserverdienende eingeführt werden.

Diesem Ratsschlag wurde von der Regierungskoalition allerdings eine Absage erteilt.

In den Tarifverhandlungen konnten die Gewerkschaften in den letzten Monaten bessere Ergebnisse erstreiten. Zur anstehenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie erklärte der erste Vorsitzende Jörg Hofmann, dass man auf eine „*kräftige Lohnenerhöhung*“ dränge. Warnstreiks sowie weitere betriebliche Aktionen seien möglich, um den Forderungen, wenn nötig, Nachdruck zu verleihen. Das 8 %-Ziel der IG Metall in der anstehenden Tarifrunde stellt

schon eine Steigerung dar, bedeutet aber bei den Teuerungen immer noch einen deutlichen Reallohnverlust. DGB-Vorsitzende Fahimi erklärte im Spiegel, man werde sich angesichts der steigenden Preise „*genau Gedanken machen, wie wir unserer Stimme noch mehr Gewicht verleihen – in den Betrieben oder auf Demonstrationen.*“

An diesen Demonstrationen, die von einem Bündnis aus DGB, Verdi, BUND und dem Online-Kampagnennetzwerk Campact organisiert worden waren, beteiligten sich weit weniger Teilnehmer als erwartet. Bei den Aktionen wurde gegen Preissteigerungen, explodierende Energiekosten und soziale Not demonstriert, wobei versucht wurde, den Krieg als Problem auszublenden. Wer aber gegen soziale Not demonstriert, muss auch gegen den Krieg demonstrieren, beziehungsweise für ein Ende des Krieges. Den Krieg als die Quelle des Übels prangern die Veranstalter nicht an, sein sofortiges Ende wird

völkerung mit Kleinbeträgen und vagen Versprechungen ruhigstellen soll. Die Ampel steuert unser Land in eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe“ (*junge Welt*, 9. 9. 2022) Die Distanzierung des Linken-Vorstands von Wagenknechts Rede und die erneuten Forderungen nach ihrem Ausschluss sagen vieles über die Bewusstseinslage und den Zustand der Linkspartei in dieser Frage aus.

Diskussion

In der Diskussion nach den Referaten zeigte sich, dass auch bei uns in einigen Punkten Unsicherheit herrscht. So lässt sich nicht einschätzen, wie sich die Lage entwickeln wird – denn da kommt es darauf an, wie lange der Krieg noch andauert. Auch die Folgen, die der „russische Winter“ nach sich zieht, sind unklar. Eventuell kann es zu einer Massenflucht kommen.

In Deutschland kommen die Menschen wegen der Teuerungen in Schwierigkeiten. Die Wohnungsnot wird sich weiter verschärfen, Mieterhöhungen sind bereits angekündigt. Wie wird sich die Energiekrise auf die Wirtschaft auswirken? Noch sind diese Probleme nicht mit aller Härte eingetreten, die realen Auswirkungen werden erst nach und nach deutlich werden. Werden die Menschen dann in Bewegung



nicht gefordert. Sie interessiert nur, wer angefangen hat, nicht, wer den Krieg mit Geld, Waffen und Menschenleben befeuert und ihn in Wahrheit gar nicht beenden will.

Mit einem Zitat aus Sahra Wagenknechts Rede im Bundestag möchte ich schließen: „*Aus Russland kommt kein Gas mehr, und die Energiepreise sind so hoch, dass es vielen Betrieben das Genick bricht und Millionen Menschen in Armut und Verzweiflung getrieben werden. Daran ändert auch das neue Entlastungspäckchen wenig, das die Be-*

kommen? In welche Richtung wird das dann gehen? Der Umgang mit der Teilnahme von Rechten an Sozialprotesten ist eine schwierige Frage. Die anstehenden Verwerfungen im sozialen Bereich werden auch Menschen auf die Straße bringen, die sich sonst nicht an linken Demonstrationen beteiligen würden. Diese Menschen, egal wo sie politisch zu verorten sind, dürfen wir nicht den Rechten überlassen. Natürlich dürfen keine rechten Gruppierungen oder bekannte Rechte unter den Ver-

anstaltem sein. Rechte Parteien und Symbole auf Demonstrationen haben auf linken Demonstrationen und Kundgebungen nichts zu suchen.

Die Verunsicherung bei Linken und der Friedensbewegung ist groß. Ihre Parolen scheinen in Unordnung geraten zu sein. Sie wurden von PolitikerInnen und den Medien mit regelrechten Hetzkampagnen überzogen. Wir sind der Meinung, dass ein, – auch von den Medien geschürter –, rigoroser Moralismus vorherrscht. Es scheint nur noch Schwarz und Weiß und Gut und Böse zu geben – die Außenministerin macht es vor. Wir, der Westen und die NATO sind die Guten – Russland ist das Böse. Darunter fällt auch alles, was russisch ist. Wer einem so rigorosen Moralismus verfallen ist, möchte natürlich nicht auf Seiten des Bösen stehen, nicht als „Putinverstehert“ gebrandmarkt werden. Oft sind Diskussionen, die dieses Schema aufbrechen wollen, sinnlos, wenn eine Partei darauf beharrt, „aber Russland hat doch den Krieg angefangen“.

Ähnliches gilt für die Waffenlieferungen. Wir billigen jedem Land das Selbstbestimmungsrecht und das Recht, sich bei einem Angriff zu verteidigen, zu. Das kann aber doch nicht automatisch die Lieferung von Kriegswaffen und die weitere Aufrüstung bedeuten, was mit dem fadenscheinigen Argument, „unsere Freiheit und Demokratie wird dort verteidigt“, begründet wird. (Man erinnere sich, zwanzig Jahre früher wurde am Hindukusch verteidigt.) Hier müssen wir doch auf die Vorgeschichte und die Ursachen des Krieges blicken. Der begann eben nicht am 24. Februar, sondern hat u.a. seine Ursache im Maidan-Putsch und der darauffolgenden Militarisierung der Ukraine, der Diskriminierung der russischen Bevölkerung dort und der immer weiteren Annäherung des Landes an die EU. In der Ukraine führen die USA mit der NATO im Schlepptau einen Stellvertreterkrieg gegen Russland. Nebenbei wird die europäische Wirtschaft, allen voran die deutsche, als Konkurrenz auf dem Weltmarkt geschwächt. Hat sich aus Sicht der USA am alten NATO-Ziel „to keep the Russians out, the Ameri-

cans in and the Germans down“ wirklich so viel geändert?

Waffenlieferungen müssen – ganz besonders in Kriegsgebiete – ein Tabu sein. Sie verlängern Leid und Elend und bringen nichts als Tod und Verderben.

Die Frage, wie die Wirtschaft, sowohl die europäische als auch die globale, von den Folgen des Krieges betroffen sein wird und wie sie sich entwickelt, wurde breit diskutiert. Allerdings fielen da einige Beiträge ins Reich der Spekulation, da lässt sich noch zu wenig Genaues sagen. Ein Genosse wird auf Grundlage der Diskussion die weitere Entwicklung verfolgen und plant dazu in der nächsten Nummer der ARSTI einen Artikel, der unter der Überschrift „Gibt es auch eine Zeitenwende für die Wirtschaft?“ stehen könnte.

Wir werden uns nicht auf die Seite Russlands oder die der NATO stellen. Unsere Aufgabe ist die Kritik an dem, was passiert und wie darüber berichtet wird.

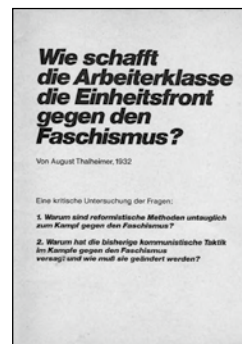
Der Krieg ist ein neues Abstecken imperialistischer Einflusszonen. Länder, die ausgebeutet werden sollen, lassen sich die Bedingungen nicht mehr so leicht diktieren. Dieser Krieg nützt nur den Herrschenden und ihren Interessen. Krieg ist immer gegen die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse gerichtet. Es wird keinen Siegfrieden geben, deswegen muss das vorrangige Ziel ein Waffenstillstand sein, gefolgt von der Aufnahme von Verhandlungen. Dieser Krieg birgt immer noch das Potenzial, in einer weltweiten atomaren Katastrophe zu eskalieren. Die Wirtschaftssanktionen scheinen weniger Russland zu ruinieren, – Gasпром hat dieses Jahr einen Rekordgewinn verzeichnet –, als vielmehr die Menschen und die Wirtschaft – nicht nur in Deutschland und müssen beendet werden.

Verhängnisvoll wird wieder deutlich, dass der Kapitalismus nichts anzubieten hat als den Dreisatz: Aufschwung – Krise – Krieg. Die alte Erkenntnis „Sozialismus oder Barbarei“ ist brandaktuell. Es kann nur eine Parole geben: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch.

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?

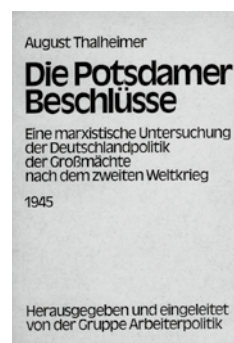


Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Geht Lateinamerika wieder nach links?

Ein Blick auf die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Lateinamerika seit dem Jahr 2018 zeigt: Fortschrittliche Kandidaten werden wieder gewählt und setzen sich gegen rechts-konservative durch. Ob diese Entwicklung, die sehr zu begrüßen ist, bereits eine Linkswende in der politischen Entwicklung bedeutet, bedarf aber einer genaueren Analyse. Das kann in einem kurzen Artikel nicht geleistet werden. Ich versuche trotzdem, auf einige Aspekte näher einzugehen und dabei vorschnelle Schlussfolgerungen zu vermeiden.

Eine Abfolge erfreulicher Wahlergebnisse

Es begann 2018 in Mexiko, wo es dem Sozialdemokraten Andres Manuel Lopez Obrador, genannt AMLO, mit einem gemäßigten Mitte-Links-Bündnis gelang, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Im darauffolgenden Jahr folgte dann in Panama mit Laurentino Cortizo ein weiterer Sozialdemokrat. Im selben Jahr konnte sich in Argentinien der Peronist Alberto Angel Fernandez mit einem Mitte-Links-Bündnis durchsetzen. Komplizierter gestaltete sich die Lage in Bolivien, wo der Präsident Evo Morales erneut kandidierte und nach erfolgreicher Wahl weggeputscht wurde. Er musste aus dem Land flüchten und konnte erst zurückkehren, als sich im Oktober 2020 Luis Arce, der Kandidat des Movimiento al Socialismo (MAS) bei einem erneuten Wahlgang durchsetzte. Ein bedeutendes Jahr für die fortschrittlichen Kräfte war 2021, ein Jahr, in dem bei drei Wahlen linke Kandidaten ins Präsidentenamt kamen. Im April wurde der Volksschullehrer und linke Gewerkschafter Pedro Castillo, ein absoluter Außenseiter, überraschend gewählt.* Im November konnte in Honduras Xiomara Castro als erste Frau die Wahl für sich entscheiden. Sie ist die Ehefrau des früheren Präsidenten Jose Manuel Zelaya, dessen

Amtszeit 2009 durch einen Putsch beendet worden ist. Apropos Zelaya. An der Vorbereitung des Putsches damals war die FDP nahe Friedrich-Naumann-Stiftung beteiligt. Repräsentant der Stiftung in Honduras war ein gewisser Christian Luth, der 2013 Pressesprecher der AfD und 2017 Sprecher der AfD Bundestagsfraktion wurde. Im Februar 2020 musste er die AfD verlassen, weil er sich gegenüber einer Bloggerin als „Faschist“ geoutet hatte: *„Wir können die (Migranten) nachher immer noch alle erschießen. Das ist überhaupt kein Thema. Oder vergasen, oder wie du willst. Mir egal.“* (Dazu auch: *„Darf in Lateinamerika wieder geputscht werden“* in ARSTI Nr.166 S. 16ff) Das Jahr 2021 endete mit der Wahl des Chilenen Gabriel Boric zum Präsidenten. In der Stichwahl gelang es ihm, einem sog. gemäßigten Linken, seinen ultrarechten Kontrahenten mit einem deutlichen Vorsprung zu besiegen. Zur Problematik dieser Wahl in Chile empfehle ich den aufschlussreichen Artikel von Emil Berger in der ARSTI Nr.215, S. 22ff nachzulesen. Dazu auch in der letzten Ausgabe der ARSTI vom selben Autor eine Einschätzung *„Zum Scheitern des Verfassungsprozesses in Chile“*. Auch im Jahr 2022 konnte die Serie der erfolgreichen Wahlen in Kolumbien und gerade erst in Brasilien fortgesetzt werden. Auf diese beiden Länder möchte ich im Anschluss näher eingehen.

Beispiel Kolumbien

Im Juni dieses Jahres wurde der Wirtschaftswissenschaftler Gustavo Petro als Kandidat eines breiten Bündnisses (Coalicion Pacto Historico), das die linke Mitte bis zur radikalen Linken umfasst, im zweiten Wahlgang zum Präsidenten Kolumbiens gewählt. Mit einem Ergebnis von 50,44 Prozent gegen seinen Herausforderer, dem Geschäftsmann Rodol-



Gustavo Petro und Francia Marquez

fo Hernandez, gelegentlich auch als kolumbianischer Trump bezeichnet, der immerhin 47,31 Prozent erreichte, schaffte er einen denkbar knappen Vorsprung. An Petros Seite steht als Vizepräsidentin die afrokolumbianische Juristin Francia Marquez, eine im Land sehr bekannte politische Aktivistin. Bei den Parlamentswahlen, die im März stattgefunden hatten, erreichte der Pacto Historico (PH) bereits beachtliche Erfolge, hat allerdings in beiden Häusern, im Repräsentantenhaus und im Senat, keine Mehrheit. Die Wahlbeteiligung lag bei 45,9 Prozent, also nicht gerade berauschend. Im Repräsentantenhaus hat der PH 25 von 187 Sitzen. Die neue Regierung muss sich also die Mehrheiten für die Gesetzesvorhaben jeweils suchen. Petros Regierung übernimmt ein – wie es schon das Wahlergebnis zeigt – gespaltenes Land. 70 Jahre ununterbrochene Gewalt, Hunderttausende Ermordete, Millionen von Vertriebenen und zuletzt 30 Jahre Neoliberalismus. Korruption bestimmt staatliches Handeln in weiten Bereichen. Gesundheits- und Bildungswesen liegen im Argen. Kolumbien hat die schlechteste Menschenrechtsbilanz in ganz Lateinamerika. Die Ausgangsbedingungen für die Regierung unter Gustavo Petro sind alles andere als günstig. Noch sind erhebliche Teile der Bevölkerung in euphorischer Aufbruchstimmung und hoffen auf rasche Verbesserungen ihrer Lebenssituation. Sollten sich diese nicht im erwarteten Umfang einstellen, könnte die Unterstützung schnell nachlassen. Die Amtszeit dauert vier Jahre, ein kurzer Zeitraum für ein anspruchsvolles Programm.

*Pedro Castillo wurde einen Tag nach Fertigstellung dieses Artikels gestürzt und verhaftet. Der Vorgang zeigt, wie instabil die politischen Verhältnisse sind.

In Kolumbien hat der Präsident nur eine Amtsperiode zur Verfügung, eine zweite ist ausgeschlossen.

Die neue Regierung ist nicht nur mit einem Bündel schier unlösbarer innergesellschaftlicher Konflikte konfrontiert. Auch die globalen Krisen haben erhebliche Auswirkungen. Derzeit ist es vor allem der starke Dollarkurs, der die Lebenshaltungskosten in Kolumbien in die Höhe treibt. Der Wechselkurs zwischen Peso und Dollar hat im Laufe des Jahres einen konstanten Aufwärtstrend „erlitten“. Im Januar betrug er noch 3981 Pesos zu einem Dollar. Am 20. Oktober war er auf 4921 Pesos geklettert. Damit verlor die Landeswährung 25,75 Prozent ihres Wertes. Und das bei einer Auslandsverschuldung, die eine der höchsten in Lateinamerika ist. Die direkten Auswirkungen sind im Land deutlich zu spüren, da die Wirtschaft vom Import stark abhängig ist. 35 Prozent der konsumierten Waren werden importiert und 55 Prozent der im Inland produzierten Waren benötigen Rohstoffe, die von außerhalb kommen. Die Bedingungen, gegen die Petro im Wahlkampf angetreten ist und die ihn ins Amt gebracht haben, sind jetzt zu den Problemen geworden, die er lösen muss. Die Gesellschaft wird von einer starken Inflation heimgesucht – verursacht von der globalen Wirtschaft, in die sich Länder wie Kolumbien integrieren müssen, auf die sie aber nur minimalen Einfluss haben und das in einer hochgradig destabilisierten Weltlage. Schon bei seiner Antrittsrede monierte Petro die Leitzinspolitik der USA und stellte fest: *„Lateinamerika wird ausgeplündert. Unsere Währungen fallen alle, nicht nur der kolumbianische Peso.“* Und er folgte daraus: *„Es ist an der Zeit, dass die Länder Lateinamerikas angesichts der globalen Krise zusammenkommen und ihre eigene Agenda entwickeln.“* Es wäre nicht der erste Versuch. Bisher haben alle Bemühungen kaum gefruchtet. So konnte sich der Binnenmarkt in den vergangenen Jahrzehnten nicht ausreichend entwickeln. Ob unter diesen Bedingungen in einer Regierungsperiode die außenwirtschaftliche Abhängigkeit verringert und die nationale Produktion in einem größeren Ausmaß gestärkt werden kann? Wir werden es in vier Jahren wissen. Noch spricht wenig dafür. Das ambi-

tionierteste Vorhaben der Regierung ist der sog. „totale Frieden“. Was besagt diese eigenartige Begrifflichkeit? Alle bewaffneten Gruppen, d.h. nichtstaatliche Akteure sollen dazu gebracht werden, die Waffen abzugeben und das in einem Land, das buchstäblich in Waffen schwimmt. Um dieses Vorhaben möglichst schnell in die Wege zu leiten, wurden die seit 2019 unterbrochenen Friedensgespräche mit der ELN (Nationale Befreiungsarmee) am 21. November wieder aufgenommen. Diesmal nicht in Havanna, sondern in Caracas unter Begleitung der Garantiestaaten Venezuela, Kuba und Norwegen. Damit die Verhandlungen aufgenommen werden konnten, mussten die Haftbefehle gegen die Verhandlungsführer der ELN durch die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft aufgehoben werden. Die nach den FARC-EP zweitgrößte bewaffnete Formation hat bereits fünf erfolglose Verhandlungen mit den rechten Regierungen hinter sich. Woran scheiterten die Verhandlungen bisher? Antonio Garcia, der Oberkommandierende der ELN begründete es unlängst so: *„Nach Ansicht der Regierungen ist das erste Frieden, verstanden als Demobilisierung und Entwaffnung, so dass später die Veränderungen stattfinden, die soziale Gerechtigkeit und Demokratie bringen werden. Wir denken, es sollte umgekehrt sein: Nur Veränderungen, soziale Gerechtigkeit, Demokratie können Frieden bringen.“* Die ELN ist seit 2016 die einzige marxistische Organisation in Lateinamerika, die noch einen bewaffneten Kampf führt. Der Verlauf der Friedensverhandlungen der ELN mit der Regierungsdelegation wird deshalb spannend, weil eine zeitnahe Demobilisierung der Guerilla kaum denkbar ist. Eine politische Organisation, die auf über ein halbes Jahrhundert Kampf zurückblickt und mitansehen musste, wie sich eine Regierung nicht an das Abkommen mit der FARC-EP hielt, wird vermutlich auf eine längere Phase des beiderseitigen Waffenstillstands orientieren. Von daher ist mit einer schnellen Einigung nicht zu rechnen. Zum Konzept „totaler Frieden“ gehören auch der Aufbau verlässlicher rechtsstaatlicher Strukturen und die Trennung von Militär und Polizei. Agierte bisher das Militär de facto als „Staat im Staate“ und sah seine Hauptaufgabe im vorgeblichen

Kampf gegen die Drogen und in der Umsetzung der Aufstandspolitik in enger Absprache mit den US-Beratern und paramilitärischen Gruppen, müssen vor allem die höheren Offiziere ihre neue Rolle in Zusammenarbeit mit einer fortschrittlichen Regierung akzeptieren. Im Zusammenhang mit der Regierungsinitiative „totaler Frieden“ beschlossen die beiden Kammern des Parlaments die Abschaffung der obligatorischen Wehrpflicht und die Einführung eines Sozialen Friedensdienstes. Erfolgreich war die neue Regierung bereits in einer außenpolitischen Angelegenheit, nämlich der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Nachbarland Venezuela und der Öffnung der beiderseitigen Grenze. Vor der Grenzschießung 2015 durch die kolumbianische Vorgängerregierung betrug der Außenhandel mit Venezuela umgerechnet etwa 8 Milliarden US-Dollar jährlich. Für die Bevölkerung beider Länder war die Grenzschießung ein Fiasko und hatte schlimme wirtschaftliche Auswirkungen vor allem für die Leute aus den Grenzgebieten, aber auch für den Binnenmarkt der beiden Länder und die Staatshaushalte.

Eine progressiv ausgestaltete Steuerreform

Die bisherigen Regierungen waren stets bemüht, die Steuergesetzgebung so zu gestalten, dass Reiche und Konzerne schonend behandelt wurden. Petros Regierung wollte eine progressiv ausgestaltete Steuerreform, die höhere Einkommen und Besitz stärker besteuert als bisher. Diese Reform sollte dem Staatshaushalt 15 Milliarden Dollar zusätzlich einbringen. Die Steuerreform hat inzwischen das Parlament passiert und – wie erwartet – in stark gerupfter Form zwar insgesamt ein verbessertes Ergebnis erbracht, aber deutlich unter dem erhofften Volumen. Trotzdem kann sich nach 100 Tagen Regierungszeit das Ergebnis sehen lassen.

Kolumbien – ein Eckpfeiler der US-Interessen in Südamerika

Kolumbien ist auf die Bevölkerung bezogen – nach Brasilien der zweitgrößte Staat Südamerikas und grenzt als einziges Land sowohl an

den Atlantik als auch an den Pazifik. Nicht zuletzt diese Lage führte dazu, dass das Land in der US-Strategie gegenüber den Staaten Südamerikas schon sehr früh die zentrale Rolle zugewiesen bekommen hatte. Zwischen den USA und Kolumbien existiert ein Militärabkommen. Der ehemalige Präsident Ernesto Samper kommentierte es so: *„Wir stellen unser Land als Flugzeugträger zur Verfügung, damit von dort aus Überwachungsoperationen für ganz Südamerika durchgeführt werden. [...] Das ist, als ob man jemandem seinen Balkon zur Verfügung stellt, der gar nicht im Hause wohnt, aber dort Spiegel und Videokameras zur Überwachung der Nachbarn installiert.“*¹ Im Rahmen des Abkommens wurden bisher insgesamt neun Stützpunkte des US-Militärs errichtet, die sich über das Land verteilen. Vor der Zuspitzung der Ukraine-Krise befürchteten nicht wenige Beobachter, die US-Administration würde über diese Stützpunkte eine Militärintervention gegen Venezuela vorbereiten. Je mehr aber der Konflikt Ukraine-Russland-USA in den Vordergrund gerückt ist, hört und sieht man von Venezuela in den Medien nichts mehr. Kolumbien wurde im letzten Jahrzehnt näher an die NATO herangeführt. Bereits im Juni 2013 hatte Präsident Juan Manuel Santos angekündigt, er strebe einen Beitritt zur NATO an. Fünf Jahre später erfolgte der erste Schritt. Als erstes lateinamerikanisches Land wurde Kolumbien „globaler Partner“ des Nordatlantikpaktes. Zu den sog. globalen Partnern gehörten zu diesem Zeitpunkt Afghanistan, Australien, Irak, Japan, Südkorea, Neuseeland, Pakistan und die Mongolei. Über viele Jahrzehnte hinweg hat die NATO nach eigenen Angaben ein großes Netz von Partnerschaften mit Drittländern aus dem euro-atlantischen Raum, dem Nahen Osten und Nordafrika, dem Mittelmeerraum und der ganzen Welt aufgebaut. Einer vollen Mitgliedschaft spricht vor allem ein wichtiges Kriterium entgegen: Beitrittswillige Staaten dürfen keine ungelösten Konflikte in die Allianz einbringen. Und von diesen ungelösten Konflikten hat Kolumbien einige, wie bereits erwähnt. Petros Dilemma besteht darin, dass er zwischen der

Forderung der Bevölkerung nach progressivem Wandel und dem Erbe der imperialen Vorherrschaft der USA gefangen ist. Kolumbien muss Mittel und Wege finden, um sich der weiteren Ausdehnung der US-Militärherrschaft in Form der NATO zu widersetzen. In einer Zeit, in der die USA bestrebt sind, ihre Außen- und Wirtschaftspolitik gegen das aufstrebende China in Stellung zu bringen, wird es für Kolumbien nicht einfacher werden. Bezeichnend für die sich verändernde Handelsbilanz ist, dass Kolumbien im Jahr 2021 14,8 Mrd. USD aus China importierte, verglichen mit 14,1 Mrd. USD aus den USA. Eine Entwicklung, die in Washington sicher mit Argwohn verfolgt wird. Was damit gemeint ist, steht ziemlich unverblümt auf 48 Seiten eines Berichts vom Oktober 2022, der sich *„Nationale Sicherheitsstrategie 2022“* nennt und die außenpolitischen, strategischen Prioritäten der USA beschreibt. Lateinamerika firmiert in dem Bericht als *„unsere Nachbarschaft“*, die *„vor dem Ehrgeiz und der Gier anderer internationaler Akteure geschützt“* werden müsse, *„die unsere immensen natürlichen Reichtümer plündern wollen“*. Diese Akteure werden auch benannt: China, Russland, Iran und Indien.

Beispiel Brasilien

Kommen wir zu Brasilien, dem wegen seiner Größe, seiner Bevölkerungszahl und seiner zentralen Lage bedeutendsten Land Südamerikas. Ende Oktober konnte Luiz Inacio Lula da Silva in der Stichwahl mit 50,9 Prozent und einem Vorsprung von knapp über zwei Millionen Stimmen die Mehrheit fürs Präsidentenamt erringen. Jair Bolsonaro, der aktuelle Präsident, musste sich mit 49,10 Prozent geschlagen geben. Für Lula war es mit 60,3 Millionen Stimmen sein bisheriges Rekordergebnis. Dass Bolsonaro trotz des miserablen Versagens während seiner Amtszeit, erinnert sei an die 685.000 Coronatoten, doch so viele Stimmen bekommen hatte, weist auf die Stärke des reaktionären Lagers hin, die nicht zu unterschätzen ist. Bolsonaros liberale Partei steht weiterhin an der Spitze einer rechten

Mehrheit im Parlament und hat mehr Abgeordnete in den beiden Kammern als das von der Partei der Arbeiter (PT) angeführte Bündnis *„Hoffnung Brasilien“*. Diese Konstellation wird die Vorhaben einer Regierung unter Lula behindern, wo immer das möglich ist. Bei diesen angekündigten Vorhaben geht es u.a. um den Kampf gegen den Hunger, von dem wieder über 30 Millionen Menschen betroffen sind, ein Wohnungsbauprogramm und Eingliederungshilfen für arme Familien. Außerdem sollen die illegalen Abholzungen im Amazonasgebiet, die unter Bolsonaro vor allem im Interesse des Agrobusiness geduldet bzw. sogar gefördert wurden, beendet werden. Außenpolitisch will sich Lula wieder stärker an den BRICS-Staaten orientieren. Im Regierungsprogramm sind viele sozialstaatliche Elemente zu erkennen, doch für Leute vom Schlag eines Bolsonaro ist das kommunistisches Teufelszeug. Beim Basteln eines Wahlbündnisses war Lula bereit, einige Kröten zu schlucken. So eine Kröte ist sein künftiger Vize, der konservative Exgouverneur von Sao Paulo, Geraldo Alckmin. Er hatte 2016 das Amtsenthebungsverfahren gegen die linke Präsidentin Dilma Rousseff mitgetragen. Die Breite des Bündnisses, die Lula den Wahlsieg bescherte, beinhaltet Sprengstoff. Möglicherweise sind da zu viele divergierende Interessen gebündelt worden. Volker Hermsdorf zeigt in seinem Kommentar am Tag nach der Stichwahl weitere Gefahren für die neue Regierung auf: *„Auch wird sich die künftige Regierung einer rechtskonservativ geprägten Medienlandschaft gegenübersehen, in der sich die wichtigsten Fernseh-, Rundfunksender und Printmedien in Besitz von wenigen, politisch einflussreichen Unternehmerfamilien befinden. Die brasilianische Rechte kann sich daneben auf große Teile des Militärs und evangelikale Gruppierungen stützen, die mittlerweile über 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Und wie auch immer die politische Zukunft von Jair Bolsonaro aussehen wird: Diejenigen, die weiterhin aus der Abholzung des Regenwaldes Profit schlagen wollen und noch immer über Instrumente verfügen, um Millionen für ihre Ziele zu mobilisieren, sind nicht von der Bühne abgetreten. Lulas Erfolg in der Stichwahl könnte sich also durchaus noch als Pyrrhussieg erweisen.“* (jW vom 30.10.2022)

1– zit. nach Maurice Lemoine: *Vorgeschobene Einsatzpunkte*. In: *Le Monde diplomatique*. 12. Februar 2010

Reichen fortschrittliche Präsidenten, um von einer Linkswende zu sprechen?

Ist aus dem Umstand, dass sich bei den Präsidentschaftswahlen der letzten Jahre zumeist eher linksorientierte Kandidaten durchsetzen konnten, schon eine Linksentwicklung der lateinamerikanischen Gesellschaften abzuleiten? Bezieht man die Parlamentswahlen mit ein, sieht die Situation schon anders aus. Häufig müssen sich die fortschrittlichen Regierungen bei den einzelnen Gesetzesvorhaben eine Mehrheit im Parlament suchen und dabei erhebliche Zugeständnisse machen. Noch entscheidender dürften aber die ökonomischen Rahmenbedingungen sein, die den Spielraum für das Regierungshandeln bestimmen. Dazu ein kurzer Blick zurück. Mit der neoliberalen Offensive in den 1980er und 1990er Jahren wurde Lateinamerika stärker in den globalisierten Kapitalismus eingebunden. Traditionelle Strukturen wurden aufgebrochen, die Rohstoffexporte verstärkt, die zeitweise erreichte Industrialisierung wurde abgebremst, der Einfluss des Auslandskapitals durch umfassende Privatisierungen erhöht und bestimmte Sektoren der Bourgeoisie wurden stärker in die vom Finanzkapital dominierte Weltwirtschaft integriert. Neoliberale Politik verstärkte die sozialen Ungleichheiten und vertiefte die sozialen Gegensätze zwischen Arm und Reich. In dem vor wenigen Wochen erst erschienenen *Atlas der Weltwirtschaft* wird folgende Einschätzung gegeben: „Von kontinuierlicher Aufwärtsbewegung kann in vielen Ländern Mittel- und Südamerikas keine Rede sein. Zu verschiedenen Zeitpunkten gerieten einzelne Länder in große Krisen, die sich aus dem unheilvollen Wechselspiel von politischer Instabilität und Schwankungen der Rohstoffpreise sowie der Wechselkurse speisten. Einige Länder entfalteten in den 2000er Jahren zwar Dynamik. Doch bei fast allen ist dieser Prozess seit ungefähr zehn Jahren zum Erliegen gekommen. Costa Rica und das wesentlich ärmere Bolivien verbesserten ihre Position noch ein paar Jahre länger. Seit dem Platzen der Rohstoffblasen schwächeln Brasilien, das heute schlechter abschneidet als vor 30 Jahren, und Argentinien wieder. In Venezuela ist die Lage geradezu verzweifelt: Der Absturz der Wirtschaft hat sich seit 2014 rasant

beschleunigt und das Wohlstandsniveau ist von rund 45 Prozent des US-amerikanischen im Jahr 1991 auf mittlerweile unter 10 Prozent gefallen. Die Hyperinflation hat ein Ausmaß erreicht, das eine seriöse statistische Erfassung der realen ökonomischen Vorgänge nahezu unmöglich macht.“²

Man kann sicher nicht alle Staaten Lateinamerikas über einen Kamm scheren. In Uruguay funktioniert der Rechtsstaat weitgehend, und nicht zuletzt durch die Errungenschaften in der Regierungszeit der Frente Ampelio konnten Probleme gelöst werden. Das Land ist allerdings bezüglich der Größe und Bevölkerungszahl ziemlich überschaubar. Ganz anders sieht es im mittelamerikanischen El Salvador aus, wo seit Monaten Ausnahmezustand herrscht. Der Jesuit Jose Maria Tojeira beschreibt die Situation wie folgt: „Über 80 Prozent der jungen Erwachsenen haben keinen Sekundarabschluss, und wenn sie doch einen schaffen, dann ist ihr Bildungsniveau trotzdem völlig unzureichend. Die Jugend von heute hat drei Optionen: Sie ist dazu verdammt, zwischen Armut, Kriminalität und Migration zu wählen.“³ Verschärft wird die Lage durch die Auswirkungen der Klimakrise. Tropenstürme, Überschwemmungen und Trockenheit lassen die Landbevölkerung verzweifeln. Auch in Ecuador wird immer wieder in Teilen des Landes der Ausnahmezustand verhängt, weil Drogenhandel und Kriminalität überhand nehmen. Reinaldo Iturriza, der nach dem Tod von Hugo Chávez in der ersten Regierung von Nicolás Maduro zunächst 2013/14 Minister für Kommunen und dann bis 2016 Kulturminister gewesen war, beschreibt die Entwicklung in Venezuela wie folgt: „Es gibt eine wirtschaftliche Verbesserung, aber sie erreicht die Mehrheit der Bevölkerung nicht. Seit etwa einem Jahr wächst die Wirtschaft wieder, nachdem sie über acht Jahre auf etwa ein Viertel des ursprünglichen Wertes geschrumpft war. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Es stimmt, dass die Kaufkraft in Teilen der Bevölkerung gestiegen ist. Es ist aber eindeutig, dass der Großteil der Menschen in Venezuela trotz des Wachstums heute eine Kaufkraft besitzt, die weit unter den

Vergleichswerten vor etwa zehn Jahren liegt. Es hat in dieser langen Krise eine brutale Entwertung der Löhne gegeben. Der Einfluss der Hyperinflation auf die Löhne in der Zeit zwischen Ende 2017 und Anfang 2021 ist enorm. Bis vor kurzem hat der Staat eine sehr bedeutende Rolle als regulierender Faktor gespielt. Etwa ab 2016 hat er sich aus immer mehr Bereichen des Marktes zurückgezogen und sie anderen wirtschaftlichen Akteuren und ihrer Profitlogik überlassen. Es gab in Venezuela Zeiten mit deutlichen Versorgungsproblemen, diese Engpässe haben aufgehört zu existieren. Aber zugleich wurden Millionen Menschen von der Möglichkeit des Konsums ausgeschlossen, weil sie nicht die notwendigen Mittel haben. Sozioökonomisch erinnert die aktuelle Situation an die 1990er Jahre, also an die Zeit, in der der Chavismus als politische Identität entstanden ist.“⁴

Vielleicht (noch) keine linke, aber eine progressive Welle

Die Tendenz der Ergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen in den letzten fünf Jahren sollte uns nicht dazu verleiten, von einer Wende nach links, was immer man darunter versteht, zu sprechen. Einige der gewählten Präsidenten sind in der linken Mitte zu verorten. Mehr Mitte als links. Ihre Gestaltungsmöglichkeiten sind begrenzt. Sie können im besten Fall schlimme Auswirkungen des Neoliberalismus etwas abmildern. Würden sie die Eigentumsverhältnisse im Interesse der abhängig Beschäftigten und Marginalisierten strukturell ins Visier nehmen, hätten sie sofort die geballte Macht der Bourgeoisie und der großen Konzerne gegen sich. Auch die US – Dienste haben da ein wachsames Auge. Der ehemalige Präsident von Ecuador (2007-2017), Rafael Correa, sprach nach der Wahl von Lula von einer „progressiven Welle“, die Lateinamerika gerade erlebt. Das kommt der Sache vermutlich am nächsten. Kein Grund zur Euphorie, aber ein kleiner – wenn auch nicht unbedeutender – Schritt im Interesse der Mehrheitsbevölkerung auf dem Subkontinent.

Stand: 06.12.2022

hd

2– *Atlas der Weltwirtschaft* 2022/23, Frankfurt/M. 2022, S. 47

3– ND vom 8.11.22

4– Interview von Jan Kühn in *Amerika* 21, 27.11.2022

Ein kurzer Bericht über die jüngsten Entwicklungen im Vereinigten Königreich

Leider konnte unser englischer Freund und Genosse heuer nicht an unserer Jahreskonferenz teilnehmen. Er hat uns aber einen Bericht zur innenpolitischen Lage geschickt. Dieser ist zwar inzwischen veraltet (Ende Oktober), da sich die Ereignisse im Vereinigten Königreich

innerhalb kürzester Zeit überschlagen haben. Wir drucken ihn aber als Momentaufnahme trotzdem ab, zumal wir davon ausgehen, dass wir eine Schilderung der inzwischen eingetretenen Veränderungen und deren Auswirkungen für die nächste Ausgabe erhalten werden.

Nach der Amtseinführung eines neuen Generalsekretärs der Labour Party, einer Gestalt aus der Blair-Zeit, begann eine Ausschlusswelle von Linken; ihr Vergehen war: Antisemitismus. Weil er selbst sich nicht von denen, die ausgeschlossen wurden, distanzierte, wurde im August auch Ken Loach, der seit einem halben Jahrhundert bekannte Regisseur, der für Filme wie „Kes“, „Land and Freedom“ in Cannes, Berlin und anderswo Preise gewonnen hat, ausgeschlossen. In ihrer Kolumne in der Zeitung „i“, in der sie Starmer warnt, die ethnischen Minderheiten

„ein Mitglied, eine Stimme“ abschaffen und zu einem Wahlkollegium zurückkehren, das von den Gewerkschaften, den Parlamentsabgeordneten und den Mitgliedern bestimmt werde, in der Absicht, die Wahl eines neuen Jeremy Corbyn zu verhindern. Er werde auch die Regeln ändern, um es für örtliche Parteimitglieder schwieriger zu machen, ihren Abgeordneten abzusetzen, wenn sie nicht mit ihm zufrieden sind.

Aufgrund des Widerstands aus dem Kreis der Gewerkschaften, die mit Labour verbunden sind, und von Seiten der stellvertretenden Vorsitzenden Angela Rayner wurde der Sitzung des Exekutivkomitees vor der Konferenz kein Vorschlag präsentiert. Der Konferenz selbst wurde ein Kompromiss vorgelegt, der mit Mühe und Not angenommen wurde: Mitglieder müssen mindestens sechs Monate in der Partei sein, um abstimmen zu dürfen, aber mindestens 20% der Abgeordneten müssen einen Kandidaten unterstützen, damit er überhaupt auf den Wahlzettel kommt. Es stellte sich heraus, dass Starmer nicht einmal sein Schattenkabinett von seinen Plänen informiert hatte; in anderen Worten: ein Überraschungsangriff!

Starmer gab die Politik aus dem Wahlkampf 2019 auf, die die Verstaatlichung der Eisenbahnen, des Postdienstes, von Energie- und Wasserunternehmen forderte, die in der Öffentlichkeit sehr populär ist. Trotzdem stimmte der Parteitag für eine linke Politik, für eine Verstaatlichung des Transportwesens im Allgemeinen und speziell der Energiefirmen als Teil eines „green new deal“. Es ist fraglich, ob Starmer diese Beschlüsse umsetzen wird.

Rechte in Starmers Umfeld wollen, dass er weiter gegen den Brexit vorgeht und den Wiedereintritt in die EU betreibt. In seiner Rede auf dem Parteitag gab er Corbyn, dem Wahlprogramm und dem Antisemitismus die Schuld an der Wahlniederlage. Ein Delegierter rief laut: „Es war dein Brexit!“ Er warb auch für die Idee eines neuerlichen Referendums, bei dem auch „Remain“ („Verbleiben“) auf dem Stimmzettel stehen soll. Offenbar planen die Tories, die Wähler beim nächsten Wahlkampf an diesen filmreifen Auftritt zu erinnern.

Der einzige Unterstützer von Corbyn im Schattenkabinett, Andy



Ken Loach

würden von Labour desillusioniert, zitiert Yasmin Alibhai-Brown einen Labour-Abgeordneten ägyptisch-jüdischer Herkunft, der sich beklagt, dass „Mister Starmer uns verbietet, Israels Verhalten in Gaza und den besetzten Gebieten zu diskutieren. (...) Gute Leute, die diese Fragen stellen, auszuschließen, ist undemokratisch.“ (5.10.22)

Ende September, kurz vor dem Parteitag von Labour, kündigte Starmer plötzlich, ohne vorherige Diskussion an, dass er das Verfahren für die Wahl des Parteivorsitzenden ändern werde. Er werde das Prinzip



Labour-Chef Keir Starmer

McDonald, trat zurück, weil Starmer seine „sozialistische Politik“ aufgegeben habe. Das tat er, nachdem er aufgefordert wurde, er solle nicht mehr für die frühere Forderung nach einem Mindestlohn von 15 Pfund in der Stunde eintreten. Die Linke begrüßte diesen Rücktritt. Einige Mitglieder des Schattenkabinetts waren offensichtlich demoralisiert, als Starmer in einer populären Fernsehsendung kurz nach dem Parteitag jegliche Erhöhung der Einkommensteuer

ausschloss. Er zielte auf diejenigen ab, die sehr wenig bezahlen oder Steuern gänzlich umgehen. Jeremy Corbyn beschuldigte Starmer, „die Reichen aufzupäppeln.“

Die meisten Schlüsselpositionen in der Starmer-Mannschaft füllen Leute aus, die schon Blair oder Brown gedient haben. Blair selbst gibt häufig seine Ratschläge öffentlich über die Medien bekannt. Seine Unterstützer in der Partei drängen aktiv auf eine Reform der Wahlgesetzgebung in Richtung einer Art Verhältniswahl. Sie wollen damit Koalitionen der Mitte durchsetzen und jegliche sozialistische Regierung verhindern. Auch soll Starmer fortfahren, die linken Corbyn-Anhänger in der Partei zu bekämpfen.

Die Regeländerungen wurden mit Mühe und Not angenommen. Eine Niederlage hätte Starmer geschwächt und seine Zukunft in Frage gestellt. Die Rechte war sehr aktiv gewesen, um Delegierte lokaler Parteiorganisationen zu bekommen, die ihrer Sache wohlwollend gegenüberstehen. Die Tatsache, dass er sich nicht im Voraus mit den Gewerkschaften traf, um herauszufinden, ob sie ihn unterstützen würden, sei dadurch bedingt, dass er keine Beziehungen aufrechterhält. Dies ist einer anonymen Quelle in der „i“ zu entnehmen, er sei „emotional verschlossen, das ist das Problem.“ (9.10.22) Einige Leute aus seinem Umfeld glauben, er müsse anfangen, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, der er nach wie vor unbekannt ist, ebenso, wofür Labour unter seiner Führung steht.

Anfang Oktober hielten die Tories ihren Parteitag in Manchester ab. Dieser Ort wurde ausgewählt wegen der gegenwärtigen Konzentration auf den Norden, nachdem bei der Wahl 2019 so viele Sitze, die von Labour gehalten waren, in den alten Industriegebieten hinzugewonnen wurden. Johnson spricht von „levelling up“, d.h. der Reichtum soll vom Süden in die Orte, wo er ursprünglich geschaffen wurde, zurückfließen. Anders als Starmer ist er eine attraktive Persönlichkeit, ungeachtet seines bekannten Mangels an moralischen Grundsätzen. Er trat wie üblich auf, mit vielen Witzen, aber nicht vielen politischen Details. Seine populistischen Interventionen und die Regierungshilfen für angeschlagene Firmen, Äußerun-

gen, die die Wirtschaft kritisieren und der Ruf nach Lohnerhöhungen für Arbeiter sowie die Bereitschaft, Steuern zu erhöhen, all das brachte die Thatcher-Anhänger eines „small state“, von niedrigen Steuern und den übrigen neoliberalen Vorstellungen aus der Fassung. Wirtschaftliche Probleme wurden einerseits mit internationalen Faktoren erklärt, was nicht ganz falsch ist; andererseits werde es eine Weile dauern, bis sich die Vorteile des Brexits zeigen würden. Gegenwärtig ist schwer zu erkennen, wie Labour unter Starmer in der Lage sein soll, Johnsons Regierung ernsthaft herauszufordern. Es müsste eine enorme Krise von der Art eintreten, dass irgendwelche Unzulänglichkeiten in Bezug auf die Pandemie enthüllt würden. Das sehr rasch entwickelte Impfprogramm ließ die Regierung gut aussehen, auch wenn die Umsetzung hauptsächlich der nationalen Gesundheitsbehörde [National Health Service] zu verdanken war.

m.j. (14.10.22)

Anzeige

Immer noch Kommunist?

Erinnerungen von Paul Elflein



Herausgegeben von Rolf Becker und Claus Bremer

Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband 5,00 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige



Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Schwerpunkt 4/2022:
Medien und Repression



Einige Hintergründe zur aktuellen Lage in Nordirland

Jahrhundertlang versuchten die Engländer, Irland zu erobern. Die Iren wurden von ihrem Land vertrieben, ihre Kultur und ihre Sprache wurden unterdrückt, aber immer schlugen sie zurück. Erst im 17. Jahrhundert gelang es den Engländern, Irland zu erobern. Der Sieg wurde erreicht durch große Brutalität von Oliver Cromwell und später von Wilhelm von Oranien. Dies war die Folge davon, dass die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse geworden war. Das war aber erst der Beginn einer ruchlosen Jagd nach Profit, die zur Schaffung eines Weltreiches unterdrückter Nationen auf allen Kontinenten führte.

Das Landeigentum fiel in die Hände der protestantischen Landlords und Aristokraten. Die Iren konnten nur auf dem Land arbeiten, es aber nicht besitzen. Sie wurden diskriminiert; eine eigenständige kapitalistische Entwicklung wurde verhindert.

In Ulster, das als letzte der vier irischen Provinzen erobert wurde, war die Methode eine andere. Ab 1609 siedelte sich eine große Anzahl von Schotten aus dem Tiefland im Nordosten von Ulster an.

Diese Bauern erhielten gewisse Privilegien im Bezug auf die Pacht für ihre Farmen. So wurden sie zu verlässlichen Verbündeten der Engländer.

Die überwiegend aus Schottland stammenden Siedler waren Presbyterianer und andere protestantische Dissidenten von der Anglikanischen Kirche, die nur teilweise mit dem Katholizismus gebrochen hatte und der die Landlords angehörten, während die bisherigen irischen Landbesitzer und Bauern natürlich Katholiken waren. Die Siedler wurden von der Regierung in London verfolgt, aber als sie sahen, dass die vertriebenen Iren eine ständige Bedrohung für ihre Privilegien waren, unterstützten sie ihre Unterdrücker gegen die Einheimischen. Dies bildete die Grundlage für Klassenwidersprüche, die sich in religiösen Begriffen ausdrücken.

Im 18. Jahrhundert unterstützten die Engländer die Entwicklung der Leinenindustrie in Ulster, später dann die Schiffsbau- und Maschinenbauindustrie. Dies erlaubte die Entwicklung einer Bourgeoisie, die aus der presbyterianischen Siedlerschaft hervorging. Zu dieser Zeit war diese Bourgeoisie die fortschrittlichste auf den britischen Inseln. Unter der Führung von Theobald Wolfe Tone, der beeinflusst war von der Französischen und der Amerikanischen Revolution und vom demokratischen Ideal dieser Zeit, entstanden die United Irishmen.

Die United Irishmen wollten alle Menschen in Irland einen und die Unabhängigkeit von England erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, verbündeten sie sich mit dem revolutionären Frankreich. Aber dann wurden die revolutionären Elemente durch Bonaparte ersetzt. Die Hilfe für Irland kam zu spät und sie war nicht groß genug. Der Aufstand von 1798, der zum Erfolg hätte führen können, wurde niedergeschlagen. Die Niederlage der irischen bürgerlichen Revolution bedeutete nicht nur, dass die ökonomische Basis für eine unabhängige Kapitalistenklasse beseitigt wurde, sondern sie erlaubte auch die Entstehung von religiösem Sektierertum im Nordosten von Irland.

Mit der Einführung des Gesetzes über die Union von 1800 erhielt die in Belfast verwurzelte Kapitalistenklasse einen Zugang zum gesamten Britischen Empire. So wurde Belfast zu einem Teil des Industrie- und Wirtschaftsdreiecks Glasgow, Liverpool und Belfast.

Die Privilegien, die ursprünglich nur den Anglikanern gewährt worden waren, galten nun für alle Protestanten. Der Orden der Oranier, eine sektiererische Organisation zur Verteidigung der Interessen der anglikanischen Landlords, öffnete sich jetzt auch für die Presbyterianer und andere Dissidenten aus allen Klassen.

Von da ab wurde der Kampf für eine irische Nation von der entstehenden katholischen Bourgeoisie

im Süden geführt. Diese schwache Klasse schloss unter der Führung von Daniel O'Connell einen Kompromiss mit dem Imperialismus. Sie nutzte die Massenbewegung, um Zugeständnisse und einige bürgerliche Rechte für bestimmte Katholiken aus der Mittelklasse zu erreichen. Das war 1829.

Irlands untergeordnete Position in Bezug auf England führte dazu, dass während der Kartoffelfäule von 1845 bis 1847 wegen der Hungertoten und der Auswanderung die Bevölkerung Irlands um 25 Prozent abnahm. Gleichzeitig waren jedoch genug Nahrungsmittel da, die aber nach England exportiert wurden. Der Hass auf die englischen Landlords führte zu Unruhen und Revolten auf dem Land. Es bildeten sich neue revolutionäre Organisationen in der Tradition von Wolfe Tone: Young Ireland und die Irish Republican Brotherhood, besser bekannt unter dem Namen Fenians.

1848 unternahm Young Ireland einen schlecht organisierten Aufstand. Mit seinem Scheitern zerfiel die Bewegung. Einige der besten Leute im Umkreis von Young Ireland waren auch bei der Bewegung der Fenians. Sie organisierten eine Reihe von Aufständen, die aber alle scheiterten. Nur wenige der führenden Köpfe der Fenians erkannten die Notwendigkeit, die nationale Sache mit dem Kampf um das Land zu verbinden, darunter Michael Davitt. Obwohl es massenhafte Sympathie dafür gab, blieb es nicht mehr als eine militärische Verschwörung.

Viele Fenians waren auch bei der 1. Internationale dabei. Marx und ganz speziell Engels befassten sich mit dem Problem „England in Irland“. Es war Marx zu verdanken, dass die Internationale die verschiedenen Kampagnen für eine Amnestie für gefangengenommene Fenians stark unterstützte.

Die Landfrage führte zu einer weit verbreiteten Unzufriedenheit während des ganzen 19. Jahrhunderts. Dies hätte die Basis für eine nationale revolutionäre Bewegung

werden können. Charles Stewart Parnell gründete in dieser Periode seine Home Rule Party. Deren Basis waren die Landarbeiter, aber sie konnte diese nicht gegen die Briten aufwiegeln, ohne selbst mit ihnen unterzugehen. Zu dieser Zeit gab es kein großes städtisches Proletariat, das die Bewe-

dadurch die ungelerten Arbeiter in der ITGWU. Auf diese Weise schufen sie die moderne irische Gewerkschaftsbewegung.

1913 versuchten die Unternehmer von Dublin die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Dagegen kämpfte die Bewegung unter Führung von Larkin und Connolly acht Monate lang. Obwohl sie nicht gewannen, war es keine wirkliche Niederlage, da die Bewegung immer noch existierte. Um den Streik gegen die Polizei und die Armee zu schützen, gründete die ITGWU ihre eigene Miliz, die Irish Citizens Army.

Connolly war einer der wenigen

Marxisten in dieser Zeit, der die Wichtigkeit des Kampfes der unterdrückten Nationen gegen den Imperialismus verstand und die zentrale Rolle der Arbeiterklasse in diesen Kämpfen. Er erklärte, die irische Bourgeoisie „hat durch Investitionen tausend ökonomische Bänder, die sie an den englischen Kapitalismus binden ... nur die irische Arbeiterklasse verbleibt als das nicht korruptierbare Erbe des Kampfes für Freiheit in Irland.“

Er bekämpfte die Home Rule Party und machte sich lustig über diejenigen, die glaubten, dass die Unabhängigkeit glücklich machen werde: „Wenn jemand die englische Armee zurückziehen würde und die grüne Flagge über dem Schloss von Dublin hisste, dann

wären diese Bemühungen vergeblich, wenn man nicht gleichzeitig mit der Organisation einer sozialistischen Republik begonnen hätte. England würde nach wie vor über euch herrschen mittels seiner Kapitalisten, der Landlords und des enormen kommerziell-industriellen Apparates, den es in dem Land geschaffen hat.“

Bevor das Parlament in London das Home Rule-Gesetz verabschieden konnte, brach der Weltkrieg aus. Der Teil der herrschenden Klasse in Großbritannien, der von den To-

ries repräsentiert wurde, hatte sich stark gegen Home Rule gewehrt. Sie wurden unterstützt von den großen Landlords und der Kapitalistenklasse im Nordosten von Ulster, die eine Armee aufstellten und mit einem Aufstand gegen die britische Regierung drohten. Das britische Offizierskorps in Irland unterstützte sie.

Die Kapitalisten in Ulster und die großen Landlords riskierten, mit Home Rule alles zu verlieren und nichts zu gewinnen. Das Bedürfnis der schwachen Bourgeoisie im Süden nach protektionistischen Maßnahmen hätte zu Problemen beim Import ihrer Produkte auf die britische Insel geführt. Dies hätte das Empire (als Absatzmarkt) für sie verschlossen; der Ersatz wäre ein schwacher irischer Markt gewesen. Bei ihrer Revolte wurden sie unterstützt von den protestantischen Arbeitern und Bauern, die einen ökonomischen Ruin und den Verlust ihrer Vorrechte in einem vereinigten Irland befürchteten. In dem Maße, wie sich die Krise entwickelte, wurde die Teilung der Insel zum Thema. Der nordöstliche Teil von Irland würde nicht Teil eines irischen Staates sein. Die Nationalisten im Süden bauten ebenfalls eine Armee auf, um die Home Rule zu schützen.



Jim Larkin

gung auf dem Land hätte führen können. Die Home Rule Party wurde von John Edward Redmond übernommen und von denjenigen Teilen der Bourgeoisie, die in der Lage waren, Zugeständnisse vom Imperialismus zu erreichen.

Am Ende des 19. Jahrhunderts beschlossen die Briten, einige Zugeständnisse zu gewähren, um die Herrschaft in Irland aufrecht zu erhalten. Vielen Bauern wurde erlaubt, ihr Land von den englischen Eigentümern zurückzukaufen. Dies verwandelte sie in eine konservative Klasse. Zusätzlich versuchte die Regierung der Liberalen in London, ein Home Rule-Gesetz durchzubringen, um die Macht auf die neue irische Bourgeoisie zu übertragen, damit sie sich deren fortgesetzter Loyalität für die britischen Interessen versichern konnten. Dieses Vorhaben scheiterte aber.

Inzwischen hatte sich eine neue mächtige Kraft entwickelt: die irische Arbeiterklasse. Zwar war sie relativ klein, aber sehr militant. In dieser Periode spielten zwei Männer eine herausragende Rolle, nämlich James Connolly, ein marxistischer Theoretiker und Gründer der sozialistischen Republican Party und Jim Larkin, ein syndikalistischer Gewerkschaftsorganisator. Sie gründeten die Irish Transport and General Workers Union, führten eine Reihe von militanten Streiks an und organisierten



Während Redmond und seine Gefolgsleute die britische Seite im Weltkrieg unterstützten, in der Hoffnung, nach dessen Ende Zugeständnisse zu erhalten, organisierte der militante Teil, der in der Irish Republican Brotherhood organisiert war, einen Aufstand. Sie sahen Englands Schwierigkeiten als Irlands Chance. Auch James Connolly dachte, dass die Zeit reif war und begann, für einen Aufstand zu agitieren. Er hatte vielfältige Gründe dafür: Er meinte,

ein irischer Aufstand würde den Anstoß geben für ähnliche Aufstände in all den unterdrückten Ländern und deren Monarchen, Kapitalisten und Kriegsherren hinwegfegen. Wie Lenin wollte er die Zusammenarbeit, die international zwischen den Klassen herrschte, zerbrechen und die internationale Arbeiterbewegung auf Basis des Klassenkampfes neu aufbauen. Er wusste, dass eine Beteiligung von Irland am Krieg die reaktionärsten Tendenzen in beiden Staaten schaffen und verstärken würde. Das wollte Connolly vermeiden. Er wollte die Arbeiter an die Spitze der Auseinandersetzung stellen, obwohl er wusste, dass eine Niederlage wahrscheinlich war. Eine Niederlage im Kampf wäre besser, als gar nicht zu kämpfen.

Der Osteraufstand begann am Ostermontag 1916 damit, dass Padraic Pearse vor dem Zentralpostamt in Dublin die Irische Republik ausrief. Nur ein paar tausend Männer und Frauen waren dabei. Die Spitze der nationalistischen Freiwilligen hatte die Mobilisierung abgesagt, im Glauben, dass der Zeitpunkt nicht richtig war. Trotz ihres heroischen Kampfes gegen einen übermächtigen Feind wurde der Aufstand zerschmettert und im Blut ertränkt. Alle Anführer wurden hingerichtet bis auf die Gräfin Markiewicz. Schwer verwundet wurde Connolly, an einen Stuhl gefesselt, erschossen.

Der Osteraufstand war der Beginn einer neuen Periode im irischen Freiheitskampf. Die gemäßigten Nationalisten, von Redmond repräsentiert, wurden durch das militante Republikanertum weggefeht. Die treibende Kraft dieser Richtung war Sinn Féin. 1918 gewann Sinn Féin fast alle Parlamentssitze in Irland außerhalb des Gebietes, das heute die sechs Counties von Nordirland bildet. Die Abgeordneten von Sinn Féin boykottierten das Parlament in London. Stattdessen bildeten sie das irische Parlament in Dublin (Dáil Éireann), das die Republik von 1916 anerkannte und ein demokratisches Programm beschloss.

Die britische Regierung begann einen schrecklichen und brutalen Krieg, um die irische Republik zu zermalmern. Die Militärmacht des britischen Imperialismus wurde von den Freiwilligen der Irish Republican Army (IRA) bekämpft.

Die Teilung

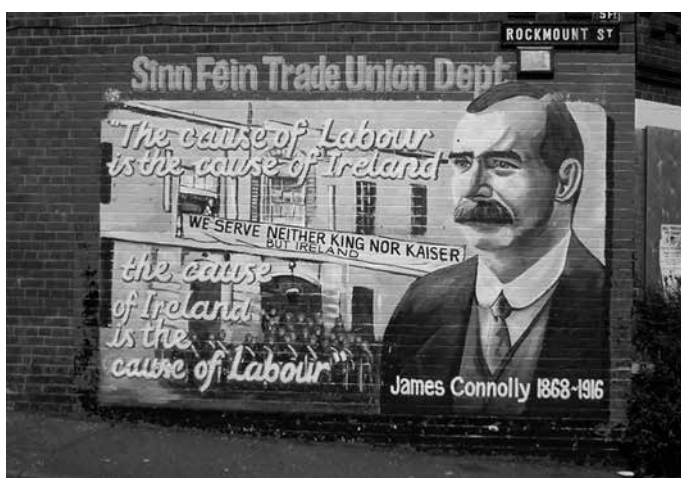
1920 nahm das Parlament in London endlich das Home Rule-Gesetz an. Das bedeutete, dass es jetzt zwei Parlamente in Irland gab, die Grundlage für die Teilung. Im Juni 1921 rief David Lloyd den Präsidenten der Irischen Republik, Eamonn De Valera, dazu auf, eine Delegation nach London zu schicken, um über ein Abkommen zu verhandeln. Das tat die republikanische Regierung auch. Der Endzustand [des Vertrags], den die republikanische Verhandlungsdelegation akzeptierte, anerkannte das Recht der Regierung von Nordirland, sechs Counties im Nordwesten von Ulster aus dem Irischen Freistaat herauszulösen, welcher loyal zur britischen Monarchie bleiben sollte. Der Vertrag übertrug einer Grenzkommission die Möglichkeit, die endgültige Grenze zwischen den zwei kleinen Staaten zu ziehen.

Es gab im irischen Parlament eine Mehrheit von 64 zu 57 Stimmen für eine Annahme des Vertrags. Ein Teil derjenigen, die dafür stimmten, darunter auch Michael Collins, glaubte, dass die Grenzkommission die katholischen Regionen der sechs Counties dem Freistaat zuschlagen würde. Der verbleibende Teil um Belfast herum würde ökonomisch nicht überlebensfähig sein und wäre so gezwungen, sich wieder mit dem Freistaat zu vereinigen. Die Dinge entwickelten sich aber anders und es stellte sich heraus, dass Lloyd George sie getäuscht hatte.

Ein Teil der Republikaner weigerte sich, den Vertrag anzuerkennen und plante, dagegen Widerstand zu leisten. Eine Mehrheit der IRA unterstützte die Gegner im Freistaat und der Kampf begann. Unter dem Druck von Churchill und mit Waffen, die die britische Regierung geliefert hatte, begann die Regierung des Freistaats

einen Bürgerkrieg gegen die Republikaner unter der Führung von De Valera, [der aus Protest gegen die Anerkennung des Vertrages zurückgetreten war].

Der Bürgerkrieg endete 1923, als die Republikaner den Kampf einstellten und auf günstigere Zeiten warteten. Im Süden und im Westen, bei den radikalen kleinen Bauern, gab es Möglichkeiten [weiter zu kämpfen], aber allgemein war die Bevölkerung des Krieges müde. Die Politiker um De Valera repräsentierten die aufsteigende Bourgeoisie und waren nicht fähig, eine Führung zu bilden für eine Massenbewegung, die über ihre ei-



Mural an einer Hauswand zur Erinnerung an den Gewerkschafter James Connolly, der nach dem Osteraufstand 1916 hingerichtet wurde.

genen Klasseninstinkte hinausgehen würde. Die Arbeiterklasse hatte keine Partei, die eine Führung anbieten hätte können, da Connolly keine solche Partei hinterlassen hatte. Die irische Labour Party stand bei der nationalen Frage an der Seitenlinie und die Communist Party war zu klein und zu schwach.

Die sechs Counties/ Grafschaften

Letztendlich traf sich die Grenzkommission, um die Grenze festzulegen „in Übereinstimmung mit den Wünschen der Einwohner, insofern sie mit den ökonomischen und geographischen Bedingungen übereinstimmen.“ (Artikel 12 des Vertrages) Aber die Einwohner wurden nie nach ihrer Meinung gefragt. Wäre das der Fall gewesen, dann wären Fermanagh und Tyrone, Counties mit einer gro-

ßen katholischen Mehrheit, an den Freistaat gegangen. Teile der Counties Derry, Armagh und Down hatten ebenfalls eine große katholische Mehrheit, die logischerweise dem Freistaat zugeschlagen worden wäre. Aber selbst mit vier von den sechs Counties wäre der Staat im Norden ohne landwirtschaftliches Hinterland nicht überlebensfähig gewesen; und wären alle neun Counties von Ulster mit eingeschlossen gewesen, wären die Katholiken in der Mehrheit gewesen. Deshalb ließen die Briten diejenige Grenzlinie gelten, die beim Waffenstillstand existierte, den sie dem Freistaat aufzwangen. Dieser unterzeichnete die Vereinbarung im Dezember 1925.

Die sechs Counties waren ein Polizeistaat. Die Situation für die Katholiken kann durch die folgenden Zahlen illustriert werden: Es gab 428 Tote, 1.766 Verwundete, 8.750 wurden von ihrem Arbeitsplatz vertrieben, 23.000 verloren von 1921 bis 1922 ihre Wohnungen. Sie wurden von protestantischen Banden in Brand gesteckt, die von loyalistischen Politikern dazu ermutigt wurden. Der Special Powers Act entstand 1922 trotz der Tatsache, dass eine halbe Million Bürger sich der bloßen Existenz des Staates widersetzte und deshalb als subversiv betrachtet wurde. Dieses Gesetz erlaubte es den Behörden, Bürgerrechte nach Belieben aufzuheben. Sie konnten

1. jeden ohne Haftbefehl verhaften,
2. ohne Anklage oder Urteilsspruch einsperren,
3. Hausdurchsuchungen jederzeit und ohne juristische Grundlage durchführen,
4. den Notstand erklären und Zusammenkünfte, Versammlungen und Demonstrationen verbieten,
5. körperliche Bestrafung erlauben,
6. ein Schwurgerichtsverfahren verweigern,
7. Personen verhaften, die als Zeugen gesucht wurden, sie in Gewahrsam nehmen und zwingen, auf Fragen zu antworten (Jeder, der sich weigert, eine Frage zu beantworten, macht sich eines Verbrechens schuldig),
8. in private Eigentumsrechte eingreifen,
9. Verwandte oder Rechtsbeistände vom Zugang zu einer Person ab-

zuhalten, die ohne Prozeß eingesperrt war,

10. die Autopsie eines Gefangenen verhindern, wenn er gestorben war,
11. eine Person verhaften, die mündlich falsche Gerüchte verbreitete oder falsche Behauptungen aufstellte,
12. das Erscheinen jeglicher Zeitung verbieten,
13. den Besitz von Filmen oder Grammophonplatten verbieten,
14. jede Person verhaften, die als subversiv betrachtet wurde.

Die Katholiken wurden um jeglichen wirklichen politischen Einflusses betrogen durch ständige Veränderungen bei den Wahlkreisen und dadurch, dass Protestanten mehr als eine Stimme gewährt wurde. Auf dem Wohnungssektor und in der Arbeit wurden sie diskriminiert, was viele zur Auswanderung veranlasste; und diese Politik wurde gefördert. Wenn sie Glück hatten, dann erhielten Katholiken die schlechtesten Jobs oder sie waren, noch schlimmer, nach wie vor zur Arbeitslosigkeit verdammt, bis sie auswanderten. So hofften die Loyalisten die Mehrheit im Staat zu bleiben. Wo Katholiken die Ordnung der Dinge in Frage stellten, hatte man eine Polizei, dominiert von Loyalisten, die sie klein hielten. Katholiken waren im nordirischen Staat Bürger zweiter Klasse in ihrem eigenen Land.

Der Freistaat

Die den Freistaat regierten, das waren der größte Teil der Bourgeoisie und die großen Landlords. Diese waren in Cumann Na nGaedhael organisiert („die irische Partei“; heute die Fine Gael, „die Schar der Gälen“). Obwohl sie formal Protektionisten waren, gaben sie diese Theorie auf wegen ihrer engen Verbindungen mit britischen Interessen, ihrem Zutritt zu deren Märkten und um Konflikte mit Großbritannien zu vermeiden. Der Freistaat wurde von Beginn an vom britischen Kapital dominiert.

Obwohl Sinn Féin und die IRA noch erhebliche Unterstützung hatten, boykottierten sie das Parlament, da ihre Abgeordneten keinen der zwei Staaten in einem geteilten Irland anerkennen wollten. Dies führte 1926 zu einer Spaltung, als eine bürgerli-

che Fraktion unter Führung von De Valera herausbrach und eine konstitutionelle republikanische Partei gründete, Fianna Fail („Soldaten des Schicksals“). De Valera bildete 1932 eine Regierung mit Unterstützung der kleinen Bauern, die wegen der Weltwirtschaftskrise und unter den Schulden, die sie bei ihren früheren englischen Landlords hatten, litten. Am Anfang wurde er von vielen Republikanern unterstützt, aber bald zeigte er eine rücksichtslose Seite, da er die IRA unterdrückte, sofern sie die britischen Interessen oder die Stabilität des Freistaats bedrohte. Er setzte die protektionistischen Maßnahmen um, die Cumann na nGaedhael fallengelassen hatte. Einen gewissen Erfolg hatte er dabei, Sektoren des irischen Kapitalismus zu schaffen, aber er bedrohte nie britische Interessen in Irland. Eine negative Folge des Protektionismus war der Rückgang beim Handel und den Löhnen. Das zeigte die Schwierigkeit auf, eine nationale kapitalistische Wirtschaft in einem relativ rückständigen Land aufzubauen, wenn die Weltwirtschaft von den imperialistischen Kräften dominiert und kontrolliert wird.

Wenige hundert Freiwillige der IRA gingen nach Spanien, um in den Internationalen Brigaden gegen den Faschismus zu kämpfen, während eine irische faschistische Bewegung, die mit Cumann na nGaedhael verbunden war, eine Truppe schickte, um Franco im Bürgerkrieg zu helfen. Die Rumpf-IRA erklärte im 2. Weltkrieg Großbritannien den Krieg, aber daraus entstand nichts Positives. De Valera hielt den Freistaat neutral. Er befürchtete eine britische Invasion. Das vergaßen die Loyalisten im Norden niemals; auch nicht De Valeras Beileidsbekundungen bei der deutschen Botschaft beim Tod Hitlers. Sie ignorieren dabei die Tatsache, dass mehr Iren aus dem Freistaat als aus dem Norden als Freiwillige für die britischen Streitkräfte kämpften, um den Faschismus zu bekämpfen. Andere gingen nach Großbritannien und arbeiteten in der Industrie und anderen Bereichen.

Der Krieg gab der Wirtschaft im Norden Auftrieb wegen des Bedarfs an Schiffen, Maschinen, Kleidung und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Aber der Boom der Nachkriegszeit und der wieder aufkommende Wett-



bewerb auf dem Weltmarkt führte zu einem Niedergang der traditionellen Industrien: Schiffsbau und Leinen. Die Hilfe aus Großbritannien führte zu einem Wachstum im Servicebereich, nicht aber in der Industrie. Die Arbeitslosigkeit blieb relativ hoch. Gleichzeitig fand ein Wechsel in den Beziehungen zwischen dem Königreich und der Republik Irland statt. 1958 gab Sean Lemass, der Nachfolger von De Valera, den Protektionismus und das Bestreben, einen nationalen Kapitalismus zu schaffen, auf. Er öffnete die Republik für fremdes Kapital. Später wurde ein anglo-irisches Freihandelsabkommen unterzeichnet und ein Antrag wurde gestellt, um der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beizutreten. Damals war der britische Imperialismus im Niedergang begriffen und er begann, nach Europa zu schauen. Das führte zu Investitionen in großem Umfang in der Republik. Dies machte es notwendig, den Staat im Norden zu reformieren und das Verhältnis zum Süden zu verbessern.

Die Bürgerrechte

In den 1960er Jahren stimmten die Premierminister der beiden irischen Staaten darin überein, dass Reformen stattfinden sollten, die die schlimmsten Diskriminierungen von Katholiken im Norden beseitigen würden. Das Problem war, dass es keine politische Partei gab, die die

Reformen durchsetzen konnte. Die Mehrheit der Protestanten war in der Unionist Party organisiert. Eine kleine Labour Party organisierte einige protestantische Arbeiter, während eine Nationalist Party Katholiken aus der Mittelklasse organisierte. Elemente aus dem Kleinbürgertum und die protestantische Arbeiterklasse fürchteten, ihre begrenzten Privilegien zu verlieren. Sie wehrten sich gegen jede Veränderung der Verhältnisse.

Aber Teile der katholischen Mittelklasse begannen, sich für Reformen einzusetzen. Im Oktober 1968 veranstaltete das Civil Rights Movement, das 1967 gegründet worden war, einen Marsch, der von den Behörden verboten wurde. Die Führung der Bewegung gab auf, doch der Marsch wurde unter der Leitung von jungen, militanten Sozialisten durchgeführt. Die Gewalt der Polizei sorgte für internationales Aufsehen. Sie führte zu einer Radikalisierung der katholischen Massen, die vorher passiv gewesen waren. Die Proteste nahmen zu, wie auch die Gewalt. Katholische Gegenden in Derry und Belfast wurden angegriffen, nicht nur von protestantischen Hooligans, sondern auch von der Polizei und der paramilitärischen Polizei. Katholiken kämpften mit Steinen und Benzinbomben gegen bewaffnete Fahrzeuge, Maschinengewehre und CS-Gas. Sie verbarrikadierten sich selbst in ihren Vierteln.

1969 schickte die britische Labour-Regierung Truppen nach Nordirland, angeblich, um die Katholiken zu verteidigen, aber hauptsächlich, weil die Situation drohte, ganz Irland zu destabilisieren. Demonstranten in der Republik forderten, sie solle militärisch eingreifen. Teile der Regierung und die Armee waren entschlossen, das auch zu tun. Die britische Politik im Norden schwankte zwischen Reform und Unterdrückung. Die alte politische Struktur brach zusammen; die Unionisten teilten sich in zwei Parteien. Die Nationalist Party verschwand; sie wurde von der Social-Democratic and Labour Party und der Alliance Party ersetzt, die Mittelklassenelemente aus beiden religiösen Lagern vereinte. Die Repression konzentrierte sich auf den katholischen Teil der Arbeiterklasse, der sofortige Veränderungen wollte, und besonders auf die republikanische Bewegung.

Die loyalistische paramilitärische B-Spezialpolizei wurde aufgelöst, aber das Ulster Defence Regiment wurde mit fast den gleichen Leuten gegründet. Im Juli 1970 griffen britische Truppen die stark republikanisch geprägte Falls Road in Belfast an. Es kam zu einem 16-stündigen Kampf mit der IRA. Im August 1971 wurde die Internierung ohne Gerichtsverfahren eingeführt. Sozialisten, Gewerkschaftsaktivisten und ältere Republikaner wurden inter-

niert, da die Liste der Polizei, auf der sie standen, veraltet war. Auch Folterungen fanden statt. Das nordirische Parlament konnte die Reformen nicht einführen. So wurde es im März 1972 aufgelöst und die direkte Herrschaft durch London eingeführt. Jetzt waren 20.000 Mann britische Truppen und 15.000 lokale militärische Einheiten und Polizei involviert.

Der Bürgerrechtsmarsch in Derry am 30. Januar 1972 wurde mit Gewehrfeuer von britischen Truppen empfangen; 14 Marschierer starben. Das wurde als „bloody sunday“ bekannt. Der diensthabende Offizier gab den Feuerbefehl, aber hatte das an höherer Stelle jemand freigegeben? Die Behauptung, das Gewehrfeuer sei eine Antwort auf Gewehrfeuer der IRA gewesen, war falsch, da es ein solches nie gegeben hat. Verwandte der Toten kämpften immer noch für Gerechtigkeit, aber die Tory-Regierung will ein Gesetz verabschieden, um die noch lebenden, verantwortlichen Soldaten zu schützen. (Passenderweise hat die Armee die benutzten Gewehre zerstört!) Das Ereignis verschaffte der IRA neuen Zulauf.

Der nächste britische Schritt war 1973 eine Wahl zu einer neuen Behörde, das die Exekutive für Nordirland werden sollte. Das war mit neuen Plänen für ein leitendes Gremium für Irland verbunden, welches die Republik Irland und die britische Regierung einbeziehen sollte. Allerdings sabotierte die loyalistische Mehrheit alle Reformen. Im Mai 1974 kollabiert die Exekutivbehörde, als ein Streik von loyalistischen Arbeitern den Staat paralyisierte. In Wirklichkeit wurde der Streik von bürgerlichen Politikern geleitet. Um ihn aufrecht zu halten, wurde Gewalt angewandt; das führte zu einer Reihe von Toten. Die britische Armee weigerte sich, den Streik zu brechen. Die Strategie der Regierung war einmal mehr gescheitert.

Diese Politik wurde ersetzt durch „Kriminalisierung, Normalisierung und Ulsterisierung“. Das führte dazu, dass im März 1976 die republikanischen Gefangenen ihren politischen Status verloren und als „Kriminelle“ bezeichnet wurden. „Normalisierung“ hatte zum Ziel, dass die Menschen ein gewisses Maß an Gewalt als „normal“ akzeptieren sollen. „Ulsterisierung“ bedeutete, dass die britischen Truppen nach und nach abgezogen und durch

lokale Kräfte ersetzt werden sollten, die dem Staat gegenüber loyal waren. Dies war ein Teil eines Deals zwischen Thatcher und Premierminister Charles Haughey (Fianna Fail) in Dublin im Dezember 1980, während des ersten Hungerstreiks von republikanischen Gefangenen.

Der nächste Hungerstreik wurde von Bobby Sands geführt. Zu der Zeit wurde er als Abgeordneter für Fermanagh und South Tyrone ins britische Parlament gewählt. Zwölf Teilnehmer starben, bevor sie das Ziel erreichten, wieder politischen Status zu erlangen. Obwohl Thatcher darauf bestand, diese Forderung nicht erfüllt zu haben, liefen die erreichten Zugeständnisse auf das selbe hinaus.

In dieser Periode tötete die IRA Polizisten und Gefängniswärter im Norden. Sie ließen Bomben an öffentlichen Orten in England hochgehen, die oft ganz normale Bürger töteten. Großbritannien unterhielt währenddessen ein geheimes Todeskommando, dessen Ziele bekannte republikanische Aktivisten im Norden waren. Der Erfolg der Hungerstreiks, um eine massenhafte Mobilisierung zur Unterstützung zu gewinnen, hatte Einfluss auf die Führerschaft der IRA. Es hatte eine Spaltung wegen ihrer Unfähigkeit gegeben, die katholischen Viertel zu verteidigen, als diese 1969 angegriffen wurden. Eine neue, jüngere Generation tauchte auf, die sich nach links entwickelte. In der Folge der Bombenanschläge der IRA in der City von London, die heftige Zerstörungen und große Beeinträchtigungen für das Banken- und Finanzzentrum nach sich zogen, soll die britische Regierung veranlasst haben, nach einer Verhandlungslösung für die Probleme im Norden zu suchen, statt nach einer militärischen Lösung. Jedenfalls wurde, mit Unterstützung der Clinton-Administration in den USA, das „Karfreitagsabkommen“ von John Hume (SDLP) und David Trimble (Ulster Unionist Party, Royalist) unterzeichnet, das Grundlage dafür war, die Regierungsmacht zu teilen. Schrittweise wurde danach die UUP durch die extremere DUP (Democratic Unionist Party) an den Rand gedrängt, genauso wie die SDLP von der Sinn Féin abgelöst wurde.

Die größere der Regierungsparteien stellte den Führer der Regionalregierung, die andere den Stellvertreter.

Auf diese Weise wurde Ian Paisley Regierungschef in Nordirland und Martin McGuinness sein Vize. Ersterer gründete seine eigene Freie Presbyterische Kirche, der andere war IRA Kommandant in Derry. Sie kamen aber wohl gut miteinander aus, denn auf allen gemeinsamen Fotos lachten sie und machten Späße.

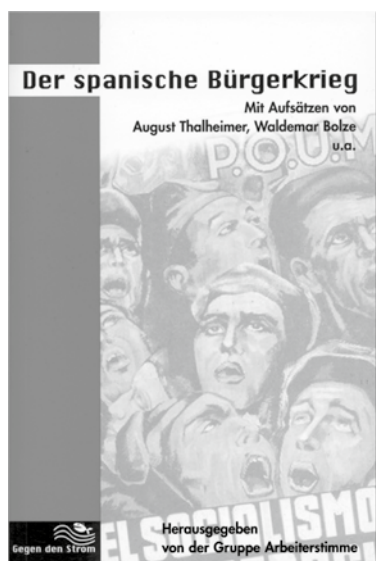
Nachfolger von Paisley und McGuinness waren Arlene Foster und Michelle O'Neill. Foster trat nach parteiinterner Kritik zurück, sie habe sich „Homosexualität, Abtreibung und anderem“ zu wenig entgegengestellt. Seit dieser Zeit hat die DUP zweimal die Parteiführung gewechselt, aber sie weigert sich, Posten in der Regionalregierung anzunehmen wegen des Brexit-Protokolls, das von der britischen Regierung mit der EU ausgehandelt wurde. Danach ist der Norden in Bezug auf den Handel immer noch in der EU. Das macht den Royalisten Angst, die sich von Großbritannien abgeschnitten und zu nahe an der Republik fühlen. Inzwischen wurde bei den Wahlen Sinn Féin zur größten Partei, so wäre Michelle O'Neill eigentlich die Regierungschefin.

Die Tory-Regierung, momentan führerlos und paralysiert wegen Johnsons Rücktritt, droht immer noch damit, das Protokoll zurückzuweisen. Doch die EU weigert sich, die Vereinbarung zu ändern, so dass Waren, die nicht für die Republik bestimmt sind, nicht überprüft werden, wenn sie in den Norden kommen. 2021 feierten die Royalisten das hundertjährige Bestehen des Staates, aber auf längere Frist gesehen, sieht seine Zukunft beschränkt aus. In der Republik ist Sinn Féin die stärkste Partei im Dail, aber sie wird von einer Koalition ihrer traditionellen Gegner von der Macht ferngehalten. In den letzten Jahren hat sich die Republik enorm verändert. Die Macht der katholischen Kirche ist aufgrund zahlreicher Skandale enorm geschwächt: unverheiratete Mütter wurden gezwungen, ihre Babys abzugeben, sexueller Missbrauch von Kindern ist Thema und Heimkinder in der Obhut religiöser Orden starben aufgrund von Vernachlässigung. Das bedeutet, dass besonders junge Leute der Kirche den Rücken zuwandten. Ein Hauptgrund für Protestanten, eine Wiedervereinigung mit der Republik zu fürchten, fällt dadurch weg. Die aber liegt in der Zukunft, sie ist nicht aktuell.

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer), (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Faschismus in

Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung, 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur, 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org